
Eine Stabilitäts- und Wettbewerbsunion der Regierungen

Zur Rekonstruktion grundlegender Handlungsregeln deutscher Eurokrisenpolitik

Moritz Laurer und Timo Seidl

Zusammenfassung

Der Beitrag argumentiert, dass die grundlegende Zielsetzung deutscher Eurokrisenpolitik im Umbau der Eurozone zu einer »Stabilitäts- und Wettbewerbsunion der Regierungen« besteht. Vor dem wahrgenommenen Hintergrund einer zunehmend konkurrenzkapitalistischen und multipolaren Weltordnung bedeutet dies einerseits vertiefte wirtschaftliche Integration in Richtung einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion, um Europas Einfluss in der Welt zu sichern; andererseits (Re-)Intergouvernementalisierung der europäischen Politik in Form eines Europas der Regierungen, um Deutschlands Einfluss in Europa nicht zu gefährden. Gleichgewicht und Demokratie in der Eurozone drohen dabei jedoch vernachlässigt zu werden. Diese These wurde im Rahmen einer rekonstruktionslogisch verfahrenen Analyse gewonnen, die sich formaltheoretisch am Pragmatismus und method(olog)isch an der Grounded Theory orientierte.

1 Einleitung

Europapolitik bildet seit jeher eine, wenn nicht die zentrale „Handlungsebene“ (Janning 2007: 747) oder „Arena“ (Roos 2012: 8) deutscher Außenpolitik. Die Frage nach den grundlegenden Eigenschaften deutscher Außenpolitik war und ist daher stets auch die Frage nach der deutschen Rolle in Europa und Europas Rolle in der Welt (Link 2004: 4). Was will Deutschland in Zeiten fortgeschrittener europäischer Integration in Europa und was in Zeiten globaler Multipolarisierung mit und durch Europa in der Welt? Diese Fragen stellten sich mit neuer Dringlichkeit, als die Refinanzierungsprobleme einiger Mitgliedstaaten den europäischen Währungsraum

und die Europäische Union insgesamt in eine tiefe Krise stürzten. Schlagartig sah sich deutsche Europapolitik mit wachsenden Anforderungen, aber auch mit gestiegenen Möglichkeiten mit Blick auf die kurzfristige Verwaltung und langfristige Gestaltung der europäischen (Währungs-)Union konfrontiert. Die Krise konnte nicht ohne die Bundesrepublik als dem wirtschaftskräftigsten Land der Eurozone überwunden werden. Und in Berlin zeigte man sich nach anfänglichem Zögern auch durchaus bereit und willig, die angebotene Führungsrolle anzunehmen und der europäischen Krisenreaktion ihre unverkennbar deutsche Handschrift zu geben. Wie kein anderes Land bestimmte die Bundesrepublik – allen Unkenrufen mangelnder Führungsbereitschaft und fehlenden Gestaltungswillens zum Trotz – die diskursive Definition der und die institutionelle Reaktion auf die Eurokrise.

Doch wie erklärt sich die deutsche Krisendiagnose, wie die deutsche Krisentherapie? Was sind die grundlegenden Überzeugungen deutscher (Außen-)Politik mit Blick auf die Ursachen und Folgen der sogenannten Eurokrise und welche reformpolitischen Konsequenzen ergeben sich daraus? Was lehrt uns die erfolgte Umgestaltung Europas unter deutscher Federführung über die Überzeugungen der Bundesregierung hinsichtlich des doppelten Positionierungsproblems deutscher Europapolitik (Deutschland-in-Europa und Deutschland-mit-und-durch-Europa-in-der-Welt)? Wir glauben, dass die Beantwortung dieser Fragen im Rahmen einer rekonstruktionslogisch verfahrenenden Analyse mindestens zweierlei ermöglicht: Einerseits eine differenziertere Betrachtung deutscher Eurokrisenpolitik im Besonderen, indem sie deren grundlegende Beweggründe, Zielvorstellungen und Weisen der Weltdeutung offenlegt. Andererseits ein besseres Verständnis deutscher Außenpolitik im Allgemeinen, indem Kontinuität und Wandel in deren Selbst- und Weltverständnis im Lichte eines ihrer zentralen Politikfelder betrachtet werden.

Wir werden dabei zunächst unsere Forschungsfrage, die ihr zugrunde liegenden ontologischen und epistemologischen Prämissen und Begriffe sowie die zu ihrer Bearbeitung verwendete methodische Vorgehensweise explizieren. Nach einem Überblick über den Forschungsstand zur jüngeren und jüngsten deutschen Europapolitik werden wir die Befunde unserer Rekonstruktion deutscher Eurokrisenpolitik präsentieren und an die im Forschungsstand vertretenen Thesen rückbinden. Der Beitrag schließt mit zwei persönlichen Bedenken, die wir als deutsche und europäische Bürger hinsichtlich der demokratischen Konsequenzen der gegenwärtigen deutschen Eurokrisenpolitik haben.

2 Formaltheorie und Epistemologie

Die dieser Arbeit zugrunde liegenden formaltheoretischen, epistemologischen und method(olog)ischen Prämissen gehen auf Strömungen des amerikanischen Pragmatismus und der Grounded Theory Methodologie zurück, die in jüngerer Zeit für die rekonstruktive Weltpolitikforschung fruchtbar gemacht wurden (Roos 2010, Franke und Roos 2013). Ihre Explikation soll ein besseres Verständnis und damit auch eine pointiertere Kritik dieser Arbeit ermöglichen.

2.1 Überzeugungen als Handlungsregeln

Der amerikanische Pragmatismus sucht nach wiederkehrenden Mustern im Handeln eines Akteurs, die Aussagen über die kausal-analytischen und normativen Überzeugungen des Akteurs zulassen. Dieser Suche liegt die Annahme zu Grunde, dass sich für den Akteur in der ständigen Auseinandersetzung mit seiner Umwelt bestimmte Handlungsregeln als Problemlösungsstrategien bewähren und in das Handlungsrepertoire des Akteurs übergehen, während andere Handlungsregeln scheitern und ad acta gelegt werden (Hellmann 2009). Diese erfahrungsgesättigten und routinisierten Handlungsregeln werden als Überzeugungen bezeichnet (Peirce 1992). Durch diese allgemeinen, handlungsleitenden Überzeugungen macht der amerikanische Pragmatismus spezielle Handlungen in Einzelsituationen verständlich. *„Diese Idee der „für-wahr-gehaltenen“ Handlungsregel als Überzeugung (im Sinne einer bislang bewährten Antwort auf bestimmte soziale Situationen, Probleme und Herausforderungen) ist die zentrale theoretische Figur dieser Arbeit“* (Roos 2010: 58).

Jeder Mensch, ob Manager eines Unternehmens oder Lenkerin eines Staates wird von solchen Überzeugungen geprägt, die sich sozialisatorisch festigen und in der ständigen Auseinandersetzung mit der (sozialen) Welt bewähren müssen. Diese Überzeugungen¹, die normative Annahmen über eigene und fremde Ver-

1 Da das formaltheoretische Begriffsverständnis des amerikanischen Pragmatismus vom normalsprachlichen Verständnis des Begriffs »Überzeugung« abweicht, muss hier eine Klärung vorgenommen werden. Wir gehen nicht davon aus, dass ein Akteur seine Überzeugungen einfach umstandslos offen legt oder sie ihm stets bewusst zugänglich sind. Für die Materialauswahl bedeutet dies, dass die Aussagen des Akteurs selbst nur als ein möglicher Zugang unter vielen begriffen werden müssen, die es den Forschern erlauben, dessen Überzeugungen zu rekonstruieren. Denn entsprechend der »pragmatistischen Maxime« (Peirce 1998: 338; Roos 2010: 308) erschließt sich der Sinn einer Handlung primär über ihre Wirkungen. Nur wenn Interpretationen anderer Akteure (Fremdaussagen) einbezogen werden, die von den (Sprech-)Akten der Bundesregierung (Selbstaussagen)

antwortungen, Pflichten und Interessen sowie Kausalannahmen über Ursachen und Lösungen konkreter Problemen enthalten, bestimmen die Selbstbilder bzw. Identitäten der Menschen (vgl. Roos 2010: 66). Nur über sein spezifisches Überzeugungssystem kann sich der Akteur einen Reim auf die soziale Realität machen und mit diesen Handlungsregeln seinen alltäglichen Herausforderungen begegnen. Wie jedes andere menschliche Kollektiv müssen auch jene Menschen, welche die Struktur kollektiven Handelns (Dewey 1984: 354; Roos 2013: 314) namens »Bundesregierung« ausmachen, ihre komplexen Aufgaben unter (interpretativen und kreativen) Rückgriff auf den von dieser Struktur vorgegebene Raum möglicher, d. h. denk- und praktizierbarer Handlungsregeln bewältigen. *Dieses handlungsleitende Überzeugungssystem der Bundesregierung als Struktur kollektiven Handelns in der Eurokrise empirisch zu rekonstruieren, ist das Ziel dieser Arbeit.*

2.2 Hierarchisierung von Überzeugungen

Unterschiedliche Überzeugungstypen sind dabei unterschiedlich tief im Überzeugungssystem eines Akteurs verwurzelt und sind dadurch unterschiedlich stabil oder wandelbar. Um Stabilität und Wandel analytisch fassbar zu machen, unterscheiden wir heuristisch drei verschiedene Überzeugungstypen.

Erstens wird das Handeln der Akteure von grundlegenden Überzeugungen angeleitet, die relativ tief in ihrem Überzeugungssystem verankert sind. Ein Beispiel hierfür wird der Ordoliberalismus sein. Diesen grundlegenden Überzeugungen sind schwächere, instrumentelle Überzeugungen untergeordnet, die sich in einer neuen Umwelt (exogene Faktoren) oder durch interne Veränderungen (endogene Faktoren) des Akteurs schneller anpassen und pragmatisch übergangen werden können. Die Notwendigkeit einer politisch unabhängigen Zentralbank wird ein Beispiel für eine solche untergeordnete Überzeugung sein. Der dritte Überzeugungstyp wird im amerikanischen Pragmatismus als finaler Grund bezeichnet, nach dem die grundlegenden und untergeordneten Überzeugungen ausgerichtet sind. Ein finaler Grund ist nach Pierce definiert als „*die idealtypische Vorstellung eines möglichen Endstadiums eines Prozesses (auf die dieser hin tendiert), indem das Handeln der Akteure dieses Endstadium zu erreichen versucht*“ (Roos 2010: 70). Der finale Grund der deutschen Eurokrisenpolitik, so die zentrale empirische Hypothese dieser Arbeit, ist die Herstellung einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion der Regierungen.

betroffen sind – also ihren Wirkungen ausgesetzt sind und gleichzeitig selbst Wirkungen zeitigen – kann eine umfassende und kritische Perspektive gewährleistet werden.

2.3 Epistemologische Annahmen

Auch wenn sich bestimmte Kontinuitäten abzeichnen, muss betont werden, dass Überzeugungen prinzipiell instabil sind. So befinden sich die Überzeugungen der Bundesregierung in einem ständigen Wandel angesichts externer Veränderungen der Umwelt (z. B. ein Strukturwandel von Unipolarität zu Multipolarität oder eine Krise) und interner Veränderungen (z. B. neue Regierungskoalitionen).

Dies stellt ein Problem für eine wissenschaftliche Theoriebildung dar, die den Anspruch erhebt, möglichst allgemeingültige Aussagen mit überzeitlichem Geltungsanspruch zu produzieren. Die Aussagen, die der amerikanische Pragmatismus produzieren kann und will, werden diesem Anspruch nur bedingt gerecht. Dies verstehen wir jedoch nicht als Makel, sondern vielmehr als notwendige Konsequenz aus unseren epistemologischen Annahmen. Der amerikanische Pragmatismus ist skeptisch gegenüber den großtheoretischen Ansprüchen, allgemeingültige und problemübergreifende Aussagen zu produzieren (Katzenstein und Sil 2008: 123). Da Wandel und Instabilität als eine grundlegende Eigenschaft der sozialen Welt verstanden werden, kann menschliche Erkenntnis in der Regel nicht über problembezogenes Verstehen hinausgehen (ebd.). Entsprechend soll in dieser Arbeit auch keine Großtheorie getestet, sondern eine fallspezifische Auseinandersetzung mit einem konkreten Gegenstand versucht werden. Großtheoretische Theoriebausteine sollen nur als Interpretationshilfen verstanden werden, um eine fallbezogene, empirisch gewonnene Theorie zu entwickeln. Gleichzeitig will jedoch auch der amerikanische Pragmatismus nicht in erkenntnistheoretischer und konzeptioneller Selbstparalyse verharren. Dafür schrauben wir erstens die Reichweite des Erkenntnisanspruchs und des Abstraktionsniveaus zurück, glauben jedoch zweitens, durch die Rekonstruktion von (verschiedenen Typen von) Überzeugungen, zumindest ein gewisses Maß an Stabilität und Regelmäßigkeit in menschlichem Handeln erkennen zu können.

3 Grounded Theory Methodologie

Die methodologischen und methodischen Überlegungen, die unser empirisches Vorgehen begründen und durch systematische Verfahren anleiten sollen, basieren auf der Grounded Theory Methodologie (GTM) in der Lesart von Anselm Strauss und Juliet Corbin (Corbin und Strauss 2015). Im Rahmen der dem Pragmatismus

wahlverwandten GTM (ebd.: 17ff.) kann dem Gegenstand explorativ begegnet und in der offenen Auseinandersetzung mit ihm eine gegenstandsbezogene Theorie entwickelt werden (Mey und Mruck 2007: 11ff. und 29f.).

3.1 Auswahl des Datenmaterials

Zentral für die Qualität der Forschungsergebnisse ist die wohlüberlegte Auswahl des Datenmaterials. Generell werden wir nur sprachlich protokollierte Aussagen analysieren. Diese stellen zwar nicht das einzige, aber doch das geeignetste Material dar, um die Überzeugungen der Bundesregierung zu rekonstruieren. Sprache ist erstens das primäre Mittel der Kommunikation zwischen Menschen, über das sie ihre Interpretationen/Deutungen/Überzeugungen über die Welt sinnhaft vermitteln und zweitens ist ihre Manifestation in Protokollen in unserem Fall besonders einfach und umfassend zugänglich.

Welche Protokolle sind besonders relevant, um die Überzeugungen der Bundesregierung auszuarbeiten? Wir mussten uns erstens die Frage stellen, wessen Aussagen wir analysieren wollen und zweitens entscheiden, welche der Aussagen des ausgewählten Akteurs besonders wichtig sind. Wir haben uns insbesondere auf Selbstaussagen der Bundesregierung konzentriert (Regierungserklärungen, parlamentarische Debatten), aber auch Fremdaussagen (Oppositionspolitiker, ausländische Politiker, Intellektuelle) in die Analyse mit einbezogen.² Für die konkrete Auswahl von Sprachprotokollen der Akteure nutzen wir das *theoretical-sampling*-Konzept (Corbin und Strauss 2015: 134ff.; Kelle und Kluge 2010: 47ff.), d. h. eine Strategie der schrittweisen, theoriegeleiteten Datenauswahl. Der Forscher beginnt mit einem Protokoll (z. B. eine Rede, ein Pamphlet, ein Dokument) das ihm innerhalb seiner Fragestellung bedeutsam erscheint. Im Folgenden werden sehr ähnliche Protokolle (z. B. in Bezug auf Thema, Sprecher, Publikum) analysiert (*minimale Kontrastierung*), um diesen Teil des Gegenstandes umfassend zu verstehen – dies entsprach der ersten Phase unserer Kodierung, in der wir vor allem Regierungserklärungen kodierten. Anschließend werden sehr andersartige Dokumente gesucht und analysiert (*maximale Kontrastierung*), um die gesamte

2 Die Kodierung wurde durch die ständige Lektüre von wissenschaftlichen und medialen Artikeln begleitet. Diese konnten zwar nicht direkt in das systematische Kodieren einbezogen werden, lieferten aber das notwendige Hintergrundwissen und wichtige Anregungen für die Generierung neuer Hypothesen.

Bandbreite eines Aussagezusammenhangs abzudecken (Mey und Mruck 2007: 28f.)³ Der Prozess wurde fortgeführt, bis wir das Gefühl hatten, die weiteren Samples würden nur noch die ausgearbeiteten Erkenntnisse bestätigen. Die Analyse war *gesättigt* (Corbin und Strauss 2015: 139f.).

3.2 Analyseverfahren

Dieser Prozess der Datenauswahl verlief parallel zur ständigen *Feinanalyse* der Daten (Keller 2011: 91f.). Über die Technik des *Kodierens* sollen in einem analytisch-interpretativen Prozess theoretische Begriffe bzw. Codes und Kategorien aus den empirischen Materialien heraus gewonnen werden, die die Überzeugungen der Bundesregierung ausmachen. Die folgenden Kodier-Techniken folgen dabei nicht streng chronologisch aufeinander, sondern dienen der Orientierung im Forschungsprozess.

Beim *offenen Kodieren* werden erste Interpretationen in Codes festgehalten und einzelnen Sequenzen im Material zugeordnet. Die Sequenz wird durch die Brille der Formaltheorie betrachtet bzw. interpretiert; die theoretisch gewonnenen Begrifflichkeiten dienen der Analyse als Suchheuristiken und „sensibilisierende Konzepte“ (Kelle und Kluge 2010: 28ff.). Sucht man – wie in unserem Fall – nach Überzeugungen des Akteurs, so könnte z. B. der Kern einer Sequenz die Überzeugung sein, dass europäische Interessen den nationalen deutschen Interessen untergeordnet werden müssen. Man würde dann den vorläufigen Code: „nationale Interessen über europäische Interessen“ erstellen und ihm die erste Sequenz zuordnen. Dieser Code wird dann mit immer mehr passenden Sequenzen angereichert, oder wieder verworfen, falls er sich im Material nicht weiter bestätigt. Jeder Code wird mit einem entsprechenden Memo versehen, in dem seine vorläufige Interpretation, Begründungen und Ideen zur Verknüpfung mit anderen Codes festgehalten werden.

Beim *axialen Kodieren* werden die im offenen Kodieren gewonnenen Codes der einzelnen Sequenzen geordnet und zueinander in Beziehung gebracht. Jeder neue Code und seine Interpretation, die in Form eines Memos festgehalten wurde, muss also mit den bestehenden Codes und Memos verglichen werden. Während sich zuvor in den einzelnen Sequenzen nur Indizien für übergreifende Überzeugungen finden ließen, können jetzt allgemeinere Codes, auch Kategorien genannt, gebildet werden. Die Kategorien stehen also in der Hierarchie des Kodierbaums

3 Die Relevanz der einzelnen Dokumente lässt sich dabei beispielsweise über ihre häufige Bezugnahme, ihren Ursprung aus einer wichtigen institutionellen Position, ihre auffallende inhaltliche Ausarbeitung oder einfach intuitiv bestimmen (Keller 2011: 91f.).

eine Stufe über den Codes, während die Codes ihre spezifischeren Unteräste bilden. Durch das *selektive Kodieren* gegen Ende des Forschungsprozesses können die bestehenden Codes noch stärker hierarchisiert und Schlüsselkategorien in der höchsten Hierarchieebene gebildet werden. In diesen aus dem Material gewonnenen Codes kristallisieren sich die verschiedenen grundlegenden und untergeordneten Überzeugungen und die finalen Gründe des Untersuchungsgegenstandes heraus.⁴ Der nachfolgend dargestellte Forschungsstand diente beim Kodieren der Primärmaterialien als Kontextwissen.

4 Forschungsstand: Deutsche Europapolitik vor und während der Eurokrise

Das wechselhafte Verhältnis zwischen Deutschland und Europa erlebte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine von relativer Kontinuität geprägte Phase europäischer Integration und deutscher Integrationsbereitschaft (Hellmann et al. 2007; Janning 2007; Müller-Brandeck-Bocquet und Schuhkraft 2002). Die proeuropäische Integrationspolitik der Bonner Republik war einerseits „anfangs eher ein Mittel“ für die (welt-)politisch restringierte Verfolgung deutscher Interessen „und weniger Selbstzweck“ (Hellmann et al. 2007: 31). Andererseits galt die Mitwirkung bei der Errichtung „der Vereinigten Staaten von Europa mit deutlich supranationalen Strukturen“ den ersten Kanzlern vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und der sowjetkommunistischen Gegenwart als „nahezu selbstverständlich“ (Müller-Brandeck-Bocquet und Schuhkraft 2002: 224) – auch „jenseits der kurzfristigen Kalküle und Einzelinteressen“ (Janning 2007: 747). Das „Streben nach europäischer Integration“ bildete ein konstitutives Element deutscher Staatsräson“ (Schmalz 2001: 47) und war aus dieser Perspektive nie *nur*

4 Wir haben zur praktischen Umsetzung des Kodierens die speziell für die GTM entwickelte Software »MAX-QDA« verwendet. Die MAX-QDA-Dateien des Forschungsprojekts können bei den Autoren nachgefragt werden. Darin finden sich alle analysierten Dokumente mit den entsprechenden Kodierbäumen, Code-Memos und Dokumenten-Memos. Die Forschungspraxis hat gezeigt, dass ein wichtiger Teil der Interpretations- und Ordnungsarbeit in der Ausformulierung der verschiedenen Codes in den Fließtext des Ergebnisberichts stattfindet. Insofern sind die Kodierbäume nur das vorletzte Stadium der Interpretationsarbeit, die dann letztendlich in der Ausformulierung beendet wurde. Um unsere Thesen nachvollziehbar an die von uns analysierten Dokumente rückzubinden, mussten wir uns aus Platzgründen auf einer illustrativen Belegstrategie beschränken, weshalb nur wenige der von uns analysierten Textsequenzen Eingang in den Fließtext gefunden haben.

Mittel zum Zweck, sondern immer auch Selbstzweck“ (Müller-Brandeck-Bocquet und Schuhkraft 2002: 227).

Ungeachtet der Frage nach der motivationalen Gewichtung instrumenteller und prinzipieller Faktoren erwies sich die Vorreiterrolle im europäischen Einigungsprozess (Janning 2007: 751) „für die Vertretung deutscher Interessen als außerordentlich geeignet“ (Schmalz 2001: 50). So konnte sich die Bundesrepublik im Rahmen eines auf Kooperation und Berechenbarkeit orientierten Politikstils Schritt für Schritt zum wirtschaftlichen Riesen mausern (Staaek 2007: 85-92) und außenpolitischen Handlungsspielraum zurückgewinnen (Hellmann et al. 2007: 31). Dabei beschränkte sich die Bundesrepublik nicht auf eine gutmütige Sponsorenrolle, auch wenn der wachsende finanzielle Handlungsspielraum durchaus dazu genutzt wurde, „durch finanzielle Zugeständnisse an die Partnerstaaten die Integration zu ermöglichen bzw. ihren Status quo zu erhalten oder Fortschritte zu erzielen“ (Brandeck-Bocquet und Schuhkraft 2002: 226). Vielmehr gelang es Deutschland, effektiv auf sein europäisches Umfeld einzuwirken und dieses im Sinne eigener Vorstellungen und Interessen zu gestalten (Bulmer et al. 2000).⁵ Dabei etablierte sich ein „ein wechselseitiges, kongeniales Verhältnis zwischen deutschem und europäischem Interesse“ (Schmalz 2001: 51), bei dem Deutschland ebenso von Europa, wie Europa von einem integrationswilligen Deutschland profitierte (vgl. Bulmer et al. 2000). So verstanden liegen gerade in der geduldig-dezenten Strategie der „Selbstbehauptung durch Selbstbeschränkung“ (Haftendorn 2001) Erfolgsrezept (und -bedingung) der Bonner »Interessenpolitik«. Nicht *Aufgabe* und *Entsagung* von nationalen Interessen waren demnach Kennzeichen der außenpolitischen Grundorientierung der Nachkriegsrepublik, sondern das behutsame *Verfolgen* nationaler Interessen mit anderen Mitteln (Stürmer 1994: 58).

Mit der Wiedervereinigung erlebte deutsche Außenpolitik eine tiefgreifende Zäsur sowohl hinsichtlich ihrer internen Potentiale als auch ihrer externen Rahmenbedingungen. *Dass* ihr diese Konstellation neue Möglichkeiten eröffnete (und Zwänge bescherte), darüber herrschte weitestgehend Konsens (Peters 2001: 11); die bis heute andauernde Debatte um Kontinuität und/oder Wandel deutscher Außenpolitik entzündete sich vielmehr an der Frage, *ob* es zu einem Bruch mit der Außenpolitik der Bonner Republik komme würde (und sollte). Europa sah sich mit einem „Gulliver in seiner Mitte“ (Haftendorn 1994) konfrontiert und die bange Sorge war, dass dieser sich in Zukunft womöglich keine Fesseln mehr gefallen

5 Neben der Verfolgung eigener außenpolitischer Zielsetzungen ging (und geht) es deutscher Europapolitik also immer auch „darum, das »Milieu« der deutschen Außenpolitik, also ihre Rahmenbedingungen in Europa, im eigenen Sinne vorteilhaft zu gestalten“ (Maull 2015a: 215).

lassen würde. Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage, ob das wiedervereinigte Deutschland, wie es vor allem aus der deutschsprachigen Raum stammende, im weiteren Sinne konstruktivistische Ansätze prognostizierten, die Rolle des machtpolitisch sanften, zivilmächtig orientierten Riesen einnehmen würde (z. B. Bredow und Jäger 1991); oder ob es, wie es neorealistic Theorien vorwiegend angelsächsischer Provenienz vorhersagten, eine seinem gewachsenen politischen Gewicht entsprechende Führungsrolle beanspruchen und diese dann nach eigenen Interessen ausgestalten würde (z. B. Mearsheimer 1990).

Deutsche Außenpolitik geriet damit gleichsam zum Versuchskaninchen für die verschiedenen theoretischen Erklärungsangebote und die politisch-politikwissenschaftliche Frage, ob Deutschland in Zukunft „gentle giant“ oder „emergent leader“ (Bulmer und Paterson 1996) sein werde. Die Wiedervereinigung wurde zum Testfall der Zivilmächtigkeit deutscher Außen- und Europapolitik (Hellmann 2004). Die meisten Beobachter attestieren der Bundesregierung dabei bis ins neue Jahrtausend hinein, diesen Testfall trotz gradueller und stilistischer Neuerungen im Sinne einer „modified continuity“ (Harnisch und Maull 2001: 130) bestanden zu haben (Haftendorn 2001; Maull 2006; Rittberger 2003) – auch und insbesondere in der Europapolitik. Diese Kontinuität der „außenpolitischen Identität der Bundesrepublik als »europäisches Deutschland«“ wurde dadurch erklärt, dass die europäische Orientierung deutscher Außenpolitik zu einer Europäisierung deutscher Außenpolitik geführt habe, dass sich das Verhältnis von Deutschland *und* Europa in ein Verhältnis von Deutschland *in* Europa transformiert habe (Katzenstein 1997). Deutsche Außenpolitik sei durch Institutionalisierungsprozesse »gezähmt« bzw. »europäisiert« worden, deutsche und europäische Interessen, Außen- und Integrationspolitik fielen daher zunehmend zusammen (Banchoff 1999; Goetz 1996).

Diese Sichtweise geriet nun zu Beginn der 2000er Jahre in die Kritik jener Experten, die einen (schleichenden) Wandel deutscher Außen- und Europapolitik auszumachen glaubten. Auch wenn keine grundsätzliche Abkehr von Europa festgestellt werden könne, so lasse sich doch eine partielle »Normalisierung« deutscher Außenpolitik im Sinne einer Angleichung an »realistische« Verhaltensmuster beobachten. Dies manifestiere sich – man denke an den Bruch der Maastrichter Verträge (Risse 2004: 26) – in neuen, häufig als »selbstbewusst« oder »erwachsen« etikettierten „Eigenmächtigkeiten“ (Hellmann 2004: 37), welche „in ihrer Summe mehr als nur kleine Korrekturen eines einmal festgelegten Kurses sind“ (Bredow 2006: 246). „Hatte sich Deutschland in der Vergangenheit stets als Vorreiter einer (...) politischen Union verstanden, so schien sich nun eine Neuorientierung der Europapolitik zugunsten eines Vorrangs (oft kurzfristiger und kurzatmiger) nationaler Interessenkalküle anzubahnen“, wodurch Deutschland „seine traditionelle Reputation als Garant supranationaler europäischer Integration ohne Not aufs

Spiel“ (Maull 2004: 18) setze. Deutsche Europapolitik unterliege einem „shift from a generally pro-integrationist philosophy to a contingent Europeanism“ (Harnisch und Schieder 2006: 104) und sei „weaker, leaner, and meaner“ (ebd.: 97) geworden. Das ehemals „geradezu empathische Engagement“ der Bundesregierung für Europa sei „einem nüchternen und pragmatisch-instrumentellen Verständnis gewichen“ (Knelangen 2005: 25; Joop 2001: 826).

Doch auch wenn der „virtuous circle embedding Germany in a congenial environment of German-EU congruence“ (Jeffrey und Paterson 2003: 63) instabil zu werden beginnt, bleibt Europa „unverzichtbare Voraussetzung erträglicher deutscher Macht“ (Hellmann 2012: 51) – auch und gerade aus Sicht einer interessenpolitisch orientierten Bundesregierung. Eine proeuropäische Außenpolitik steht daher auch in einem wiedererstarkten Deutschland nicht in Widerspruch zur Verfolgung nationaler Interessen. Im Gegenteil: Die veränderten internationalen Rahmenbedingungen der Globalisierung und das deutsche Interesse an deren aktiver Gestaltung fordern geradezu eine integrationsfreundliche, aber instrumentelle Europapolitik heraus. Nationale Interessenpolitik und vertiefte Integration können also durchaus „Hand in Hand gehen“, etwa indem die Bundesrepublik in und durch Europa „indirekte institutionelle Macht“ erhält (Schneider 2001b: 761). Die Bundesregierung unterstützt den europäischen Integrationsprozess demnach weniger aus genuin multilateraler Überzeugung, sondern sieht darin „vielmehr einen Weg, um die eigenen nationalen Zielvorstellungen zur Gestaltung der Weltordnung umso effektiver umsetzen zu können“ und damit „Nettogewinne an nationaler Gestaltungsmacht zu erzielen (Roos 2010: 318). „Auf die grundlegende Entscheidung für die europäische Integration folgt also die Frage der Effizienz der europäischen Integration im Zeitalter der Globalisierung“ (Roloff 2001: 188). Insofern besteht „[z]wischen konsequenter Vertiefung und Interessenwahrnehmung (...) kein genereller Unterschied“ (Roos 2010: 315).

Mit dem Hereinbrechen der Eurokrise sah sich die Bundesrepublik abermals mit gestiegenen Handlungsmöglichkeiten, aber auch mit „intensiver“ werdenden „Anfragen“ (Weidenfeld 2012: 101) konfrontiert. Sie war aufgrund ihrer demographisch, geographisch und ökonomisch herausgehobenen Position „zu einer Führungsrolle geradezu verdammt“ (Maull 2011: 146f.). Die deutsche Eurokrisenpolitik hat dabei das neue Selbstvertrauen der Berliner Republik „klarer denn je hervortreten lassen“ (Hellmann 2012: 41). Während „Europa als Selbstzweck“ „in die Defensive“ geriet, bekam die europäische Integration immer mehr die Funktion „eines Hebels, der Berlins Einfluss auf die internationale Politik vergrößern kann“ (Maull 2012: 139). „Das bedingungslose Bekenntnis deutscher Eliten zu Europa sei verschwunden (Guerot und Leonard 2011: 4) und es machte sich die Überzeugung breit, dass „Deutschland Europa gewissermaßen weniger braucht“ (ebd.: 6). Die „Verführung

zum Alleingang“ (ebd.: 5) ist daher groß: „Germany will if necessary proceed alone (Alleingang) rather engage in exhaustive consultation, and is more prepared to seek out alternative intra-EU policy venues to pursue its policy interests. (...) In short, German power has become »normalized«“ (Bulmer und Paterson 2010: 1052).

Die „veritable Führungsrolle“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2012b: 119) der Bundesrepublik während der Eurokrise (Hellmann 2015: 475; Schieder 2014: 66) hatte zudem eine Neuaufgabe der Hegemoniedebatte zur Folge (vgl. Crome 2012) – inklusive der Exhumierung jener geopolitischen Dilemma-Figur, die Deutschland in der europapolitischen Zwickmühle sieht, für Hegemonie zu klein und für Unterordnung zu groß zu sein (Guerot und Leonard 2011: 13). Die Deutsche Frage tauchte jedoch weniger als geopolitische denn als geoökonomische wieder auf (Kundnani 2016). Das zivilmächtige Selbstverständnis Deutschlands sei vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht verwässert, deutsche Macht „durch eine seltsame Mischung aus wirtschaftlichem Durchsetzungsvermögen und militärischer Abstinenz“ (ebd.: 66) gekennzeichnet. Anstatt jedoch wie ein Hegemon im Kindlebergschen Sinne stabilisierend zu wirken (z. B. als buyer of last resort), betrieb Deutschland die „Wirtschaftspolitik eines Kleinstaates“ (ebd. 70); anstatt Stabilität und gemeinschaftliche Normen, exportierte die Bundesrepublik Instabilität und als egoistisch wahrgenommene Regeln; anstatt auf entgegenkommende Anreize setzte Berlin – etwa im Umgang mit Tsipras-Regierung – auf Kompromisslosigkeit (ebd.: 68ff.). Die Rückkehr in eine halbhegemoniale Position und der Umgang damit werde Deutschland über kurz oder lang der Gefahr einer Isolation aussetzen (Geppert 2013: 14) und damit in eine geoökonomische »Dialektik der Einkreisung« in Gang setzen (Kundnani 2016: 72f.).

Deutschland sei der (angetragenen) hegemonialen Rolle nicht nur wirtschaftlich-wirtschaftspolitisch (ebd.: 70), sondern auch politisch-strategisch nicht gewachsen. Die Bundesrepublik wird charakterisiert als: „reluctant hegemon“, der sich hartnäckig gegen die Führungsrolle sträubt, in die er im Zuge der Eurokrise katapultiert wurde (Paterson 2011); als: „Hegemon wider Willen“ (Schönberger 2012), der auf seine „unausweichliche Führungsrolle“ nicht vorbereitet ist und sich „in einer bemerkenswerten Selbstprovinzialisierung“ ergeht (ebd.: 1); schließlich als: „überforderte[r]“, „heftig adoleszierende[r] Hegemon mit unterentwickelter strategischer Kultur (Maull und Kleine-Brockhoff 2011: 51). Das deutsche Krisenmanagement weise erhebliche Merkmale defensiver Besitzstandswahrung auf und sei der deutschen Außenpolitik „nicht angemessen“ (Ischinger et al. 2011: 105). „Obwohl Deutschland als ökonomischem Riesen und Mittelmacht in Europa auch politisch eine Führungsrolle angetragen wird, sträubt sich Berlin. Man fährt zumeist auf Sicht, reagiert meist nur“ (Speck 2012: 88), anstatt eine „Klärung des eigenen Standorts“ (ebd.: 95f.) vorzunehmen. Deutschland drohe seine „comfor-

table position as benign leader“ zu verlieren: „not because others are rejecting its leadership or denying fellowship, but because it made a deliberate political choice: the Greece and euro crisis (...) showed that Germany, in times of crisis, prefers to act unilaterally in the EU (Morisse-Schilbach 2011: 27).

Neben der politikwissenschaftlichen Diskussion deutscher Europapolitik, entzündet sich auch immer wieder und immer noch Kritik an den ihr zugrundeliegenden wirtschaftstheoretischen Überzeugungen. Anstatt lange Debatten in unzureichenden Notbehelfen münden zu lassen sei es etwa an der Zeit, den Geburtsfehler des europäischen Währungsweisen zu beseitigen und die Währungsunion um eine Fiskal-, Wirtschafts- und letztlich auch eine politische Union zu ergänzen (Enderlein 2010). Weiterhin sei die deutsche Politik des Festhaltens am „Prokrustesbett“ (Soros 2010) der Maastrichter Verträge ein Haupthindernis für die effektive Bewältigung der Krise, da sie die grundlegenden Fehler in der Architektur der Währungsunion nicht behebe (Scharpf 2012). Insbesondere die einseitige Verengung auf Austeritätspolitiken sei ein ökonomisch kontraproduktiver und politisch gefährlicher Irrweg (Krugman 2013; vgl. Young und Semmler 2011). Das maßgeblich von deutscher Seite vorangetriebene Eurokrisenmanagement fungiere gar als eine Art politisch-juridischer Transmissionsriemen für die supranationale Institutionalisierung eines neoliberalen Konsolidierungsstaats, wobei die nationalen Demokratien immer stärker unter die Räder kapitalistischer Imperative geraten (Streeck 2013).

5 Eine Wettbewerbs- und Stabilitätsunion der Regierungen

„Es darf bei allen Instrumenten, die wir zur Eindämmung der Krise brauchen und die uns zur Verfügung stehen, niemals übersehen werden, dass am Ende nicht die Krisenmaßnahmen die Lösung bringen, sondern nur eine verbindliche politische Architektur. Nur so werden wir einen dauerhaft stabilen Euro bekommen. Dies muss über den Weg der Erneuerung der Wirtschafts- und Währungsunion erzielt werden. Nur dann kann das gelingen, was seit Beginn der Krise unser Ziel ist: Dann kann Europa stärker aus der Krise hervorgehen, als es in die Krise hineingegangen ist, und dann wird Europa auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb bestehen können. Worum geht es bei dieser europäischen Vertrauenskrise denn eigentlich? Es geht darum, eine stabile, zukunftsfähige Architektur zu bauen. Aber eigentlich geht es um die Frage, ob sich Europa mit seinen Werten und Interessen im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts behaupten kann; das heißt auch, ob Europa seinen Wohlstand, seinen Lebensstandard und seine Art, zu leben, erhalten kann“ (Merkel 2012).

Bundeskanzlerin Angela Merkel gewährt uns hier einen Einblick in die deutsche Problemwahrnehmung und das Lösungsprojekt, das die Bundesregierung in ihrer Eurokrisenpolitik angeleitet hat. In ihren Augen hängen zukünftiges Wohl und Wehe der europäischen Nationen entscheidend davon ab, ob diese sich am „Scheideweg“ der Krise (Merkel 2010) für den Weg politischer und ökonomischer Bequemlichkeit oder für den Tugendpfad einer ebenso ambitionierten wie spezifischen Reformpolitik entscheiden. Nach dieser Interpretation ist die Krise nicht nur eine Gefährdung der europäischen Errungenschaften der Vergangenheit, sondern vielmehr noch ein prospektives Ereignis, an dem die Weichen für Europas Zukunft gestellt werden (Laurer und Seidl 2014). Nach der Überzeugung der Bundesregierung muss Deutschland den Weckruf der Krise nutzen, um sich für die zentralen Herausforderung zu wappnen, die den strukturellen Rahmen politischen Handelns im 21. Jahrhundert bilden werden: globaler Kapitalismus, kompetitive Multipolarität und Demokratie (vgl. schon Offe 1969). Erstens intensiviert die erhöhte Kapitalmobilität den Wettbewerb der Nationalstaaten, um immer kapitalattraktivere Wirtschaftsräume; In der Krisenroutine scheint es, als könne nur der erfolgreich sein, der das Vertrauen der Kapitalmärkte genießt; zweitens läutet das Erstarken der Schwellenländer das Ende der Vorherrschaft des Westens ein. Um als politischer Akteur langfristig in der ersten Liga mitzuspielen, muss das Vertrauen in die Gestaltungsmacht der EU als kollektiver Machtpol hergestellt werden; drittens strapazieren die zur Stärkung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Position notwendig erachteten Schritte die demokratischen und sozialen Erwartungen in Deutschland und Europa. Die Bundesregierung muss das Vertrauen der Wahlbevölkerung erhalten und verliert gleichzeitig selbst das Vertrauen in die ökonomische Vernunft der nationalstaatlichen Demokratien.

Dieses Aufeinandertreffen von strukturellen Herausforderungen, katalysatorischen Krisen, und bestehenden Überzeugungsbeständen formt, so unsere These, den finalen Grund deutscher Eurokrisenpolitik: ein grundlegender Umbau der Europäischen Union zu einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion der Regierungen.⁶

6 Als ein sehr ähnliches, paralleles Lösungsprojekt lässt sich das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP verstehen. In ihrer Begründungsrhetorik und den dahinter liegenden Überzeugungen bezieht sich die Bundesregierung auf dieselben drei strukturellen Herausforderungen und nahm auch hier die Eurokrise zum Anlass, dieses Projekt voranzutreiben. Auch hier geht es darum, einen verlässlichen Schutzraum für Investoren zu schaffen, einen Block gegen die aufstrebenden Staaten zu bilden und den ökonomischen Erwartungen der Bevölkerung so weit wie vermeintlich möglich entgegenzukommen. Angesichts des überraschend starken Widerstands der deutschen Zivilgesellschaft und der dadurch erzwungenen moderaten Kompromisse lässt sich leicht übersehen, dass TTIP auf eine Initiative der Bundesregierung zurückgeht. Die

Im Kern des konkreten Kurses, der dabei verfolgt wird, liegt eine gegenläufig-komplementäre Bewegung: einerseits vertiefte wirtschaftliche Integration in Richtung einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion, andererseits (Re-)Intergouvernementalisierung der europäischen Politik in Form eines Europas der Regierungen. Um dieses Projekt zu verstehen, analysieren wir zunächst seine machtpolitische Dimension, die einer doppelten Zielsetzung folgt: nämlich erstens, Europas Einfluss in der Welt zu sichern, ohne hierbei jedoch, zweitens, Deutschlands Einfluss in und auf Europa zu gefährden. Anschließend beleuchten wir den kausal-analytischen und normativen Hintergrund dieses Transformationsprojekts, nämlich die ordoliberalen Überzeugungsbestände der Bundesregierung. Wie dieses machtpolitisch und ordoliberal informierte Anpassungsprojekt an die multipolar-kapitalistische Welt in ein Spannungsverhältnis zu demokratischen Prinzipien treten kann, werden wir am Ende des Textes andeuten.

5.1 Die Stabilitäts- und Wettbewerbsunion

Im Zentrum der Eurokrisenpolitik der Bundesregierung steht spätestens seit Anfang 2010 die langfristige und dauerhafte Umgestaltung der Eurozone in eine Stabilitäts- und Wettbewerbsunion. Die Problemwahrnehmung, die diesem Transformationsvorhaben zugrunde liegt und vor deren Hintergrund Charakter und Tragweite der gegenwärtigen Lage erst verständlich werden, ist die Annahme einer grundlegenden »Vertrauenskrise« in die Globalisierungstauglichkeit Europas. Die Eurokrise ist in diesem Verständnis Fokal und Symptom der Marginalisierung Europas im Zuge eines Strukturwandels der globalen politischen Ökonomie und des internationalen politischen Systems. Die Welt des 21. Jahrhunderts zeichnet sich durch ein (noch stärker) kapitalistisch-kompetitiv strukturiertes Wirtschafts- und ein (zunehmend) multipolar-kompetitiv strukturiertes politisches System aus. Dies wiederum hat die Intensivierung einer vor allem ökonomisch ausgetragener Staaten- und Regionenkonkurrenz und damit die auf Dauer gestellte Gefahr politisch-ökonomischer Marginalisierung zur Folge.

Das Deutungsreservoir, aus dem sich dieses »Welt-Verständnis« speist, könnte man als *agonistischen Ökonomismus* bezeichnen. Dahinter verbirgt sich die doppelte

EU-Ratspräsidentin Angela Merkel setzte dieses geo-ökonomische Projekt im Jahr 2007 auch gegen den Widerstand Frankreichs und die Skepsis der EU-Kommission und der USA in Gang (vgl. Mildner 2007: 11ff.). Wir gehen davon aus, dass sich die im Folgenden entwickelte Argumentation im Bezug auf den europäischen Wirtschaftsblock auch auf den im Entstehen begriffenen transatlantischen Block übertragen ließe (vgl. auch den Beitrag von Charlotte Rungius in diesem Band).

Annahme, dass politische Durchsetzungskraft mehr noch als in der Vergangenheit von wirtschaftlicher Schlagkraft abhängt, während wirtschaftliche Schlagkraft als relatives Gut immer umkämpfter wird, sobald neue Mächte auf die internationale Bühne und in Konkurrenz zu den etablierten treten und das globale Kapital immer wählerischer wird, weil es immer mehr die Wahl hat. Die Konkurrenz zwischen Staaten oder Staatenblöcken verschwindet in den Augen der Bundesregierung auch im 21. Jahrhundert nicht, sie verlagert sich lediglich tendenziell vom geopolitischen ins ökonomische Terrain, von Rüstungs- zu Wirtschaftswettläufen. Wer in einer solchen Welt von Handelsfragen bis hin zu solchen von Krieg und Frieden ein Wörtchen mitreden will, der muss zunächst einmal ein wirtschaftliches Schwergewicht sein und sich dementsprechend den Anforderungen einer kapitalistischen Weltwirtschaft stellen: „Nur ein stabiles und wettbewerbsstarkes Europa hat Gewicht in der Welt“ (Merkel 2011).⁷

Da wirtschaftliches Gewicht jedoch dem Produkt aus Wettbewerbsfähigkeit und Größe des eigenen Wirtschaftsraumes entspricht, steht die Bundesrepublik vor dem geoökonomischen Dilemma, zu klein zu sein, um selbst genügend davon auf die weltpolitische Waage zu bringen – und zwar selbst dann, wenn sie ihr ökonomisches Potential voll ausschöpft (Hellmann 2015: 476; Staack 2007: 85). Nur mit dem europäischen Wirtschaftsraum im Rücken ist die Bundesrepublik in der Lage, der weltpolitischen Marginalisierung als führendes Glied eines regionalen europäischen Machtpols zu entgehen und damit paradoxerweise die eigene Autonomie zu wahren (Roloff 2001): „Ein Weg zurück aus Europa ist in Zeiten der Globalisierung kein Weg“ (Merkel 2010). Europa wird so gewissermaßen zum »Verstärker« der deutschen Interessen in einer von regionalen Polen dominierten Welt (Schneider 2001: 761; Staack 2007: 93), und insofern hat die Bundesregierung Europa in der Tat „ganz ungeniert das Fernziel unterlegt, daraus eine Weltmacht zu machen“ (Schwarz 2005: 274). Dafür ist es allerdings erforderlich, dass Europa

7 Die wirtschaftsfreundliche Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung kann daher nicht einfach auf die wirtschaftshörige Haltung der deutschen politischen Eliten zurückgeführt werden; vielmehr muss sie als Ausdruck des symbiotischen Verhältnisses zwischen den globalen Profitinteressen der deutschen Wirtschaft und den globalen Gestaltungsinteressen der deutschen Politik gesehen werden. Weiterhin müssen Globalisierungsprozesse und die damit (vermeintlich oder real) einhergehenden politischen Handlungszwänge für mächtige Regierungen keine Einschränkung ihres Handlungsspielraumes bedeuten, sondern können im Gegenteil dazu genutzt werden, die eigene Position und die eigenen Interessen auf Kosten innenpolitischer Akteure und schwächerer Staaten zu stärken (vgl. Gritsch 2005).

nicht nur groß bleibt, sondern auch global wettbewerbsfähig wird.⁸ Deutschland ist also nicht nur auf Europa „als Rahmen seiner weltpolitischen Selbstbehauptung angewiesen“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2012: 120) angewiesen, sondern Europa auch darauf, dass es deutscher wird.

Dies setzt aus Sicht der Bundesregierung voraus, dass die (anderen) europäischen Regierungen ihre Volkswirtschaften marktkonform(er) gestalten, sich also nicht nur im demokratischen, sondern auch im ökonomischen Sinne »responsiv« verhalten (Streeck 2013). Im Zuge intensiver Standortkonkurrenz und wachsender Verschuldung treten »die Märkte« als zweite Gruppe von Anspruchsberechtigten neben die demokratischen (Wahl-)Bürger. Wirtschafts-, Sozial-, und Steuerpolitik müssen in der Folge derart umgestaltet werden, dass sie deren Vertrauen zu gewinnen in der Lage sind.⁹ Dies geschieht zuvorderst dadurch, dass marktförmige Koordinationsweisen politisch gefördert und zugleich gegen diskretionäre politische Eingriffe isoliert werden, d.h. dass einerseits immer mehr gesellschaftliche Aufgaben profitorientiert gestaltet werden, andererseits das Spiel der Marktkräfte institutionell und juristisch vor staatlicher bzw. demokratischer Intervention – etwa in Form einer »überzogenen« Steuerpolitik oder eines »ausufernden« Wohlfahrtsstaates – geschützt wird. Daneben gilt es sicherzustellen, dass die verschuldeten Staaten ihre vertraglichen Verpflichtungen einhalten, die Bedienung von Krediten also im Zweifelsfall Priorität gegenüber anderen »Staatsaufgaben« genießt. Zu diesem Zwecke ist es nach Ansicht der Bundesregierung erforderlich, die Überwachung der Einhaltung und die Sanktionierung der Nicht-Einhaltung der EU-Konvergenzkriterien zu supranationalisieren. Diese müssen – wollen sie glaubwürdig sein – der nationalen Kontrolle weitgehend entzogen und »unabhängigen« (europäischen) Institutionen anvertraut werden.¹⁰ Stabilität im Sinne der (verfassungs-)rechtlichen

8 Die grundlegende Notwendigkeit, Deutschland an Europa und Europa an Deutschland zu orientieren, scheint allerdings weit älter als die Krise zu sein (vgl. Roloff 2001). Sie spiegelt sich bereits im ursprünglichen Design der Währungsunion wieder (vgl. Abelshauer 2010) und insofern ist die gegenwärtige Intensivierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nur dessen Aktualisierung unter veränderten Möglichkeitsbedingungen.

9 „Solide Finanzpolitik sorgt für Vertrauen in stabile und verlässliche Rahmenbedingungen und in die langfristige Handlungsfähigkeit des Staates. Nur Menschen, die Vertrauen in die Politik und Vertrauen in die Zukunft ihres Landes haben, investieren und konsumieren. Vertrauen ist in unserer hochentwickelten, aber ressourcenarmen Volkswirtschaft mit unser wichtigstes Kapital. Deswegen müssen wir es weiter stärken; denn nur das kann dauerhaft Wohlstand und soziale Sicherheit schaffen“ (Schäuble 2014).

10 Es ist umstritten in welchem Maß diese Supranationalisierung erfolgt ist. Antpöhler (2012) kommt in seiner juristischen Analyse von Six Pack und Fiskalpakt zu dem Schluss, dass insbesondere durch den Six Pack eine Art supranationale Wirtschaftsregierung

Sicherstellung der Bedienung öffentlicher Kredite und Wettbewerbsfähigkeit im Sinne einer gleichzeitigen Ausweitung und Isolierung des Marktes gegenüber der Politik werden in der Folge zu vorrangigen politischen Zielen. Hier liegt der Kern des deutschen Programms einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion.

Stößt die Bundesregierung dabei auf innen- oder außenpolitischen Widerstand, reagiert sie mit einer Mischung aus Pragmatismus und Standhaftigkeit. Einerseits werden, sobald der Widerstand zu groß wird, Kompromisse eingegangen. Andererseits weisen diese Kompromisse stets in die von der Bundesregierung gewünschte Richtung. Sie sind konditionierte Kompromisse, die das Ziel haben, das übergreifende Projekt einer weiteren Institutionalisierung der Wettbewerbs- und Stabilitätsunion zu flankieren und zu forcieren. Hat die Bundesregierung den Eindruck, dieses übergreifende Ziel sei gefährdet, ist sie durchaus zu Zugeständnissen bereit. Diese Zugeständnisse sind jedoch wann immer möglich an Bedingungen geknüpft, die die Institutionalisierung einer „Stabilitätskultur“ (Merkel 2011), – an

geschaffen wurde, die sowohl wesentliche Bereiche nationaler Wirtschaftspolitik berührt als auch durchsetzungsfähig ist. Im Widerspruch dazu weisen nach Puetter (2015) die politischen Entwicklungen eher in Richtung eines „deliberativen Intergouvernementalismus“. Insofern „Inhalt und Umfang dieses Koordinierungsprozesses (...) mit Ausnahme der sogenannten Defizitregel vertraglich nicht weiter vorbestimmt“ sind, die Kommission nur über das „begrenzte Mandat“ verfügt, Vorgaben überwachen und Verstöße anprangern zu können, die Sanktionsgewalt „ultimativ“ aber bei den Mitgliedsstaaten verbleibt (Puetter 2015: 411), muss der Begriff Supranationalisierung tatsächlich relativiert werden. Gleichzeitig werden jedoch durch die Kontrolle vor der Verabschiedung nationaler Haushalte, die Verschärfung der Sanktionsinstrumente und die Verringerung der Widerspruchsmöglichkeiten im Rat durch die Einführung der qualifizierten Mehrheit wichtige Elemente einer supranationalen Wirtschaftsregierung institutionalisiert (Antpöhler 2012: 368). Doch selbst wenn es zutrifft, dass die letztgültige Entscheidungsgewalt auf mitgliedstaatlicher Ebene verbleibt, werden die unter Konsensdruck stehenden intergouvernementalen Verhandlungs- und Deliberationsprozesse im Bereich der Wirtschafts- und Fiskalpolitik doch in erheblichem Maße durch die im Zuge der Eurokrise implementierten Regelwerke präjudiziert, so dass die mit ihrer Einhaltung betrauten supranationalen Institutionen auch ohne nennenswerte eigene Ressourcen über beträchtliche indirekte Verhandlungsmacht verfügen. Während wir mit dem deliberativen Intergouvernementalismus die Annahme einer Integrationsvertiefung durch die zunehmenden Institutionalisierung von intergouvernementaler Koordinations- und Deliberationsräume teilen (vgl. ebd.: 410ff.), gehen wir doch von einer mindestens sozialtatsächlichen Supranationalisierung in dem Sinne aus, dass in der real existierenden Europäischen Union wirtschafts- und fiskalpolitische Entscheidungen der Konsensfindung weitgehend entzogen sind und sich einzelstaatlicher Widerstand nur mehr in seltenen Fällen gegen die faktische Macht einmal vereinbarter Normen wird behaupten können.

deren Möglichkeit weiter geglaubt wird und geglaubt werden muss – sicherstellen und beschleunigen.

Diese Dominanz langfristiger politisch-ökonomischer Ziele über kurzfristige wirtschaftliche Interessen ist der Schlüssel zur Erklärung der großen finanziellen und politischen Risiken, die die Bundesregierung zur Rettung des Euro einzugehen bereit ist. Auch wenn es aus innenpolitischen Gründen so nicht gesagt wird, ist man sich in Berlin durchaus bewusst, dass es Europa nicht umsonst gibt. Die hinsichtlich der *No-Bail-out*-Klausel fragwürdigen Rettungskredite etwa, oder die stillschweigende Hinnahme der Anleihepolitik der EZB werden vor diesem Hintergrund als notwendige Übel betrachtet, die es um der »größeren Sache« willen einzugehen gilt – und das, obwohl es sich hier mit Vertragsrecht und Geldpolitik um zwei eigentlich sakrosankte Elemente der ordoliberalen deutschen politischen Kultur handelt. Nicht dass die Bundesregierung auf das Verfolgen kurzfristiger Interessen verzichten würde, nur ist sie nicht bereit, ihre langfristigen Ziele um dieser kurzfristigen Interessen willen aufs Spiel zu setzen (Jopp 2001: 826). Es gilt die *Maxime*: eine so schnelle und kostensparende Transformation Europas wie möglich, so viele kurzfristige Kompromisse wie nötig.

Dieser „dualistische Ansatz zwischen tagespolitischer Interessenpolitik und grundsätzlicher Integrationsforcierung“ (Schmalz 2001: 53) zeigt sich auch im Umgang der Bundesregierung mit innenpolitischen Erwartungen. Auf der einen Seite inszenierte sich zwar vor allem die Kanzlerin als strenge Hüterin der deutschen Steuergelder, während andere Koalitionsmitglieder auch nicht davor zurückschreckten, nationale Vorurteile und Ressentiments zum innenpolitischen Vorteil auszunutzen. Auf der anderen Seite war die Bundesregierung jedoch zu keiner Zeit demoskopisch ferngesteuert oder bloße Verwalterin einer echten oder vermeintlichen innenpolitischen Mehrheitsmeinung. Vielmehr waren die enormen (finanziellen) Risiken, die Deutschland zur Stabilisierung des Euro auf sich genommen hat, wie schon der Euro selbst, zu keiner Zeit im engeren Sinne populär (Schieder 2014: 75ff.). Im Überzeugungssystem der Bundesregierung waren sie jedoch unumgängliche Übel bei der als notwendig erachteten Umgestaltung der Eurozone, die in den Augen der Bundesregierung auch dann alternativlos ist, wenn sie mit finanziellen und/oder innenpolitischen Risiken behaftet ist.

Vor diesem Hintergrund muss nicht nur der Vorwurf, deutsche Europapolitik sei »verinnenpolitisiert« (Oppermann 2012) als zu einseitig zurückgewiesen werden;¹¹

11 Ungeachtet der empirischen Fragwürdigkeit (Hellmann 2015: 477) der These einer „Domestizierung“ deutscher Außenpolitik im Sinne der „Fähigkeit interner Akteure, in außenpolitisch relevanten Entscheidungsprozessen ihre spezifischen Interessen zu Lasten der Interessen der Gesellschaft insgesamt durchzusetzen“ (Maull 2015a: 227),

es muss auch die Behauptung kritisch hinterfragt werden, deutsche Europapolitik sei von mangelnder Gestaltungsfähigkeit und der Vernachlässigung der Pflege des regionalen Milieus geprägt (Maull 2015a). Die Gestaltung des eigenen Umfeldes (Bulmer et al. 2000) bildete vielmehr ein zentrales Anliegen der deutschen Rettungs- und Reformbemühungen. Zwar mag es durchaus zutreffen, dass die Bundesregierung von der ihr angetragenen Führungsrolle überrascht (Paterson 2011) und möglicherweise ökonomisch (Kundnani 2016: 70) und strategisch überfordert war (Maull und Kleine-Brockhoff 2011; Schönberger 2012). Schließlich musste sich Deutschland erstmals „in einer konfliktbehafteten Konstellation und über einen längeren Zeitraum hinweg in hervorgehobener Position bewähren“ (Hellmann 2015: 475) und war dabei mit der ungewohnten Situation konfrontiert, angesichts struktureller Unsicherheit sowohl für die eigenen Entscheidungen als auch für die eigene Tatenlosigkeit zur Rechenschaft gezogen wurde (Beck 2012: 10f.).

Zweierlei wird jedoch verkannt, wenn das in dieser Situation mitunter taktisch-tastende Vorgehen der Bundesregierung mit strategischer Armut (Maull und Kleine-Brockhoff 2011: 51; Speck 2012: 88), einer lediglich defensiven Politik der „Besitzstandswahrung“ (Ischinger et al. 2011: 105), der Erosion von Gestaltungsfähigkeit (Maull 2015a: 215) oder dem hartnäckige Sträuben gegen die Übernahme von Führungsverantwortung (Paterson 2011; Schönberger 2012; Speck 2012), gleichgesetzt wird. Einerseits die Konsequenz, mit der die Bundesregierung das Programm einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion spätestens seit dem Frühsommer 2010 auch gegen den Widerstand europäischer Partner und ungeachtet massiver Kritik in der institutionellen Architektur der Eurozone zu verankern versucht hat. Dabei waren und sind laut Bundesregierung auch „große Widerstände“ (Merkel 2011) kein „Kriterium [mehr], wenn es darum geht, zu entscheiden, ob wir unseren Grundsätzen folgen oder nicht“ (Merkel 2010). Andererseits den Erfolg dieser Bemühungen, die zu einer umfassenden Umgestaltung der Europäischen Union „nach deutschem Vorbild“ (Maull 2012: 135; Schieder 2014: 66) geführt

stellt sich die Frage, was denn dieses allgemeine Interesse (*volonté générale*) im Gegensatz zur Summe innenpolitischer Einzelinteressen (*volonté de tous*) ausmacht. Auch wenn es Argumente geben mag, ein gesellschaftliches Gesamtinteresse nicht in der Pluralität gesellschaftlicher Partikularinteressen aufgehen zu lassen, besteht doch stets die Gefahr, dass es die „außenpolitischen Eliten“ selbst sind, die in pädagogisch-volksaufklärerischer Attitüde dieses Gesamtinteresse „einer widerspenstigen deutschen Öffentlichkeit unter Verweis auf die Erwartungen der Verbündeten“ (Hellmann 2015: 481) schmackhaft machen wollen. Die Erwartungen und Wünsche der (Wahl-)Bevölkerung werden dann schnell als potentielle Gefahr für die außenpolitische Vernünftigkeit der Regierungspolitik betrachtet, die es mit Blick auf die Realitäten einer multipolaren Weltordnung zurechtzurücken gilt.

und die Bundesrepublik in die Position einer unverzichtbaren Macht auf dem europäischen Kontinent katapultiert haben. Einer Macht, der innerhalb Europas erstaunlich bereitwillig gefolgt (Hellmann 2015: 475) und auch außerhalb Europas eine Führungsrolle zugeschrieben wird – „plötzlich hat Europa ein Telefon. Es steht in Berlin und gehört – zur Zeit – Angela Merkel“ (Beck 2012: 40).

5.2 Drei Szenarien

Damit unsere Thesen bezüglich der grundlegenden Überzeugungen deutscher Eurokrisenpolitik falsifizierbar bleiben, seien an dieser Stelle drei zum Teil reale Szenarien skizziert, an denen sich deren Erklärungs- bzw. Prognosekraft beurteilen lässt und messen lassen muss. Erstens betrifft dies die Reaktion der Bundesregierung auf Vorschläge, die – seien sie von innen- oder außenpolitischen Akteuren vorgebracht – dem grundsätzlichen Programm der Stabilitäts- und Wettbewerbsunion zuwiderlaufen und nicht mehr oder weniger umstandslos in selbiges integriert werden können. Die Vorschläge Frankreichs und Italiens etwa nach tieferer politischer Integration in Form einer europäischen Wirtschaftsregierung, die sich einem Eurozonenparlament zu verantworten hat (Désir und Gozi 2015), sind aus Sicht der Bundesregierung solange inakzeptabel, wie sie einer Re-Politisierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik Vorschub leisten. Wir erwarten hier nur unter massivem politischem Druck Zugeständnisse, die nicht dem bisherigen Muster von letztlich doch die Stabilitäts- und Wettbewerbsunion forcierenden Kompromissen entsprechen. Der Vorschlag einer Wirtschaftsregierung etwa wäre dann im deutschen Sinne verarbeitet, wenn daraus eine politisch »unabhängige« europäische Behörde zur fiskal- und wirtschaftspolitischen Kontrolle entstünde.

Zweitens ziehen die Vorwürfe der Kompromisslosigkeit und des Egoismus, wie sie neuerdings aus den europäischen Partnerländern zu hören sind (Katsioulis 2014; Prodi 2015), sowie der hartleibige Umgang der Bundesregierung mit diesen Vorwürfen, eine genuin zivilmächtige Orientierung deutscher Europapolitik in Zweifel.¹²

12 Die neue „Brutalität“ (Ehlers et al. 2015: 26) der deutschen Europapolitik ließ sich eindringlich während den Verhandlungen um ein drittes Hilfspaket für Griechenland beobachten. Die Bundesregierung agierte nicht mehr als die vermittelnde Mittelmacht von einst, sondern presste der griechischen Regierung einen »Kompromiss« ab, der im Grunde nur als deutsche Maximalforderung zu qualifizieren ist und in dem die griechische Handschrift lediglich – so die Kanzlerin – „in Form des hohen Finanzmittelbedarfs“ (zit. n. ebd.: 27) zu erkennen ist. Der von Finanzminister Schäuble gewollte Grexit scheiterte zwar am Widerstand Frankreichs und Italiens sowie der SPD. Die deutsche Verhandlungsstrategie ließ manche Beobachter gleichwohl von einem Exempel sprechen, das an

Das vielerorts diagnostizierte neue interessenorientierte Selbstbewusstsein deutscher Europapolitik (Hellmann 2012; Maull 2004: 18ff.), schlägt sich in einer Haltung der Bundesregierung nieder, in der die kooperative Einbindung und Überzeugung aller Beteiligten nur mehr dann angestrebt wird, wenn damit das deutsche Programm der Stabilitäts- und Wettbewerbsunion nicht gefährdet wird. Das Bekenntnis zu Europa ist keineswegs verschwunden, hat aber zunehmend instrumentelle Züge angenommen (vgl. schon: Jopp 2001: 826; Knelangen 2005: 25), insofern Europa zunehmend als Resonanzverstärker deutscher Interessen verstanden wird (vgl. Maull 2011: 139). Die dazu aus deutscher Sicht erforderlichen Integrationsschritte werden gegen den Widerstand der krisenbedingt verhandlungsschwachen Eurostaaten unilateral und mit eher machtpolitischen denn persuasiven Mitteln durchgesetzt (Morisse-Schilbach 2011: 39). „Das Bekenntnis zu Europa stand zunehmend für einen deutschen Führungsanspruch in Europa und damit auch für die Option, europäische Lösungen zu blockieren, die aus deutscher Sicht unangemessen oder unangebracht waren“ (Maull 2012: 139).

Insofern kann durchaus von einer »Normalisierung« deutscher Europapolitik (Bulmer und Paterson 2010: 1052) gesprochen werden, wenngleich sich aus einer interessenorientierten Haltung keineswegs „Europamüdigkeit“ (Maull 2011: 112) oder umgekehrt aus einer integrationsfreundlichen Politik eine Europäisierung deutscher Interessen (Banchoff 1999; Goetz 1996; Katzenstein 1997) ergeben muss: „Anstatt der Logik von entweder deutschem Europa oder europäischen Deutschland Folge zu leisten, zielte die Bundesregierung stattdessen auf ein europäisches Deutschland in einem deutschen Europa“ (Roos 2010: 317; vgl. auch: Roloff 2001; Schneider 2001). Während also aus unserer Sicht proeuropäische Politik an sich nicht überraschend ist, wäre es eine solche proeuropäische Politik sehr wohl, die auch aus einer Position der Stärke stets auf Überzeugung statt auf Verhandlungsmacht und Sachzwang setzt; die auch ohne es zu müssen, zu Kompromissen bereit

der linken griechischen Regierung als Warnung an all diejenigen statuiert werden sollte, die sich der deutschen Politik zu widersetzen gedenken (Lambert 2015). Sie offenbarte ein „neues Deutschland“ (Ehlers et al. 2015: 26), das weniger unterschiedliche Positionen moderiert, als selbst (Extrem-)Positionen einnimmt und bei Möglichkeit durchsetzt. Die Fortsetzung einer solchen tendenziell unilateral orientierten Politik hat das Potential, der alten Angst Europas vor einem deutschen Gulliver in seiner Mitte (Haftendorn 1994) zu einer Renaissance zu verhelfen. Die griechische Außenwahrnehmung Deutschlands als „Zentrum des aus der Krise neu entstehenden Europas“, „das entweder direkt oder indirekt über Brüssel seine politische Linie durchsetzt“ (Katsioulis 2014: 255) ist dafür ebenso ein Indiz wie die zunehmende Entfremdung zwischen Deutschland und Nord-europa auf der einen, Südeuropa auf der anderen Seite (Ehlers et al. 2015; Geppert 2013).

ist; die eine Reform Europas nicht gegen den Widerstand einiger Mitgliedsstaaten durchzusetzen, sondern mit ihnen zu gestalten versucht.

Drittens stellt sich angesichts der Tatsache, dass die Supranationalisierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik unzweifelhaft auf Kosten nationalstaatlicher Souveränität geht die Frage, ob die Bundesregierung auch deutsche Souveränitätseinbußen akzeptieren würde. Trotz des gegenwärtig hypothetischen Charakters dieser Frage, spricht aus Sicht der bisherigen Überlegungen einiges dafür, dass es die Bundesregierung mit ihrer eigenen Politik durchaus ernst meint, sich ihr im Zweifel also auch selbst fügen würde. Zunächst hängt der Erfolg der Stabilitäts- und Wettbewerbsunion in fundamentaler Weise von ihrer Glaubwürdigkeit ab; erscheint sie als Spielball der mächtigeren Staaten, konterkariert dies ihren Zweck grundlegend. Entsprechend eindeutig ist die Selbstkritik am deutsch-französischen Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Ein erneuter Verstoß würde die jeweilige(n) Regierungspartei(en) nicht nur erheblichem innenpolitischem Druck aussetzen, sondern hätte darüber hinaus auch nicht zu unterschätzenden rechtliche, ökonomische und außenpolitische Konsequenzen, die mit den frühen 2000er Jahren kaum noch vergleichbar sind.

Noch wichtiger ist allerdings, dass die Bundesregierung alles andere als überzeugt ist, dass deutscher Souveränität durch eine Politik geholfen ist, die die Glaubwürdigkeit der europäischen Stabilitäts- und Wettbewerbskultur unterläuft. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass die Bundesregierung in einer innen- oder außenpolitisch brisanten Situation die Stabilitätsunion Stabilitätsunion sein lässt, aber solange die Kosten eines Souveränitätsverzichts beherrschbar sind, wird sie zu einem solchen auch bereit sein. Denn – so die Kanzlerin – den Herausforderungen der neuen europäischen Wirtschaftsunion „müssen auch wir in der Bundesrepublik Deutschland uns stellen“ (Merkel 2011).¹³ In Berlin ist man überzeugt, dass es wirtschaftliche Souveränität im Sinne einer autonomen Wirtschaftspolitik ohnehin nur mehr in sehr begrenztem Maße und nur ergänzend zu, nicht gegen die Stabilitätskriterien gibt. Mehr noch: Effektive Souveränität ist in Zukunft an die Voraussetzung einer stabilitätsorientierten Fiskalpolitik und einer wettbewerbsorientierten Wirtschafts-

13 Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ist in den Augen der Bundesregierung nicht nur ein Problem der Krisenstaaten, sondern potentiell aller Staaten: „Wir müssen eines sehen: Deutschland ist beileibe nicht überall und in allen Bereichen schon bei den Besten dabei. Auch wir müssen uns anstrengen“ (18.10.2012). Die deutsche Krisendiagnose folgt weniger einer dichotomen Logik, sondern einer des graduellen Fehlverhaltens. Ihre Therapie wird damit zur permanenten Aufforderung, sich in der Hamsterradlogik der globalen Konkurrenz zu behaupten. Da diese keine Sieger kennt, sondern nur vorübergehende Ranglisten, wird die Notwendigkeit von »Entbehrungen« und »Opfern« und »Anstrengungen« tendenziell auf Dauer gestellt.

Steuer- und Sozialpolitik gebunden. Wirtschaftlich ist die Bundesregierung also bereit, Souveränität an Europa abzugeben; doch dies – wie noch zu zeigen sein wird – nur deshalb, um Europa zum angemessenen Rahmen deutscher Souveränitätsausübung zu machen.

5.3 Ordolibérale Therapie für eine ordolibérale Diagnose

Angesichts des radikalen und tief greifenden Charakters der deutschen Therapie und der ihr zugrunde liegenden Diagnose stellt sich unweigerlich die Frage, aus welchen kausal-analytischen und normativen Wissensbeständen sich diese speisen. Ein agonistisch-ökonomistisches Verständnis von internationaler Politik und Wirtschaft reicht weder aus, um daraus konkrete Reformmaßnahmen abzuleiten, noch um diesen Reformen die politisch-moralische Legitimität zu geben, die sie in den Augen der Bundesregierung (und vieler Deutscher) zu genießen scheint. Wir glauben daher, dass sich das Handeln der Bundesregierung während der Eurokrise nicht ohne Rückgriff auf die tief in der politischen und wirtschaftlichen Kultur der Bundesrepublik verankerten Ideenbestände des Ordoliberalismus verstehen lässt (vgl. Thiemeyer 2013: 96ff.; Dullien und Guérot 2012; Kauffmann und Uterwedde 2010: 15).¹⁴

Ordolibérale Ideen fungieren dabei zunächst als kausalanalytische Verarbeitungsmuster, mithilfe derer die Bundesregierung überhaupt erst in die Lage versetzt wird, Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zu identifizieren und aus der Vielzahl möglicher Handlungsoptionen konkrete Problemlösungskonzepte für die nationale und supranationale Ebene zu entwerfen (Bierbricher und Vogelmann 2014: 9f.). In der Wahrnehmung der Bundesregierung resultieren die Probleme der Krisenstaaten zunächst aus Problemen innerhalb der Krisenstaaten, weshalb die Lösung auch

14 Der Ordoliberalismus ist einer der »Neoliberalismen«, die sich in Folge der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre herausbildeten, um den Liberalismus in seiner Vertrauenskrise neu zu erfinden und sich gleichzeitig von linken, kapitalistischen Alternativen wie dem Keynesianismus abzugrenzen (vgl. Ptak 2008: 16ff.). Während der Ordoliberalismus im wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream inzwischen durch die »New Classical Economics« (Dullien und Guérot 2012: 3) abgelöst wurde, ist seine (wirtschafts-)politische Relevanz in Deutschland weiterhin groß, wenngleich es Unterschiede in der ordoliberalen Ausrichtung und -bildung zwischen den Parteien in Rechnung zu stellen gilt. Dabei gibt es durchaus Schnittmengen und Vermischungen mit dem angelsächsischen Neoliberalismus. So findet sich das neoliberale Projekt einer speziellen Form der »Multilevel Governance«, des markterhaltenden Föderalismus und der institutionellen Trennung von Politik und Markt in verblüffender Eindeutigkeit in der heutigen deutschen Eurokrisenpolitik wieder (vgl. Harmes 2006).

dort zu suchen ist.¹⁵ Entsprechend müssen die Staaten die klassischen neo- bzw. ordoliberalen internen Strukturreformen wie Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung, Schuldenabbau anwenden, um ihre interne Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität zu steigern – denn nur mit dieser Politik der »ökonomischen Vernunft«, die Deutschland mit der Agenda 2010 bereits hinter sich gebracht hat, lassen sich diese Staaten zukunftsfähig machen.¹⁶ Genauso soll auch auf supranationaler Ebene die von der ordoliberalen ökonomischen Vernunft geforderte Trennung von Markt und Politik durch die bereits ausgeführten Reformvorstellungen institutionalisiert werden. Dabei ist die unablässige Betonung des Prinzips der nationalstaatlichen Eigenverantwortlichkeit und das penibel-pedantische Drängen auf eine Einhegung des staatlichen Spielraumes in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik nicht einfach nur der Versuch, Kosten abzuwälzen oder Verantwortung zu verschleiern, sondern vor allem die Anwendung einer ordoliberalen Therapie auf eine ordoliberale Diagnose. Die (keynesianische) wirtschaftswissenschaftliche Kritik an der deutschen Eurokrisenpolitik (Krugman 2013; Soros 2010) zielt ungeachtet ihrer Plausibilität insofern ins Leere, als sie das genuine Überzeugtsein der Bundesregierung von der Vernünftigkeit ordoliberaler Prinzipien übersieht und vorschnell als egoistisch oder irrational fehldeutet (Bonatti und Fracesso 2013; Dullien und Guérot 2012).

Ordoliberale Reformen sind aus Sicht der Bundesregierung allerdings nicht nur kausalanalytisch zielführend, sondern weisen darüber hinaus eine gewissermaßen normative Dimension auf. So macht es in Berlin nicht selten den Anschein, als verstehe man Austerität dort als moralisch gerechtfertigtes Sühne- und Läuterungsprogramm für eigenverantwortlich gescheiterte Gesellschaften (kritisch: Krugman 2013; Soll 2015). Technisch-makroökonomische Fehlentwicklungen als Problemerkklärung rücken zugunsten des „Über-die-Verhältnisse-Lebens“ monistischer Kollektive (»Die Griechen«) in den Hintergrund. Gleichzeitig werden die reformpolitischen Maßnahmen in Deutschland – von der Lohnzurückhaltung bis zur Schuldenbremse – zum Tugendpfad vernünftiger Politik stilisiert – und

15 „Zu viele wettbewerbsschwache Mitglieder der Euro-Zone haben über ihre Verhältnisse gelebt und sind damit den Weg in die Schuldenfalle gegangen. Das ist die eigentliche Ursache des Problems“ (Merkel 2010).

16 „Natürlich wissen wir, dass rund 50 Prozent der jungen Menschen in Spanien, in Griechenland und auch in anderen Ländern – das ist ein sehr hoher Prozentsatz – heute arbeitslos sind. Aber wir wissen doch aus eigener Erfahrung, dass nur durch Reformen am Arbeitsmarkt, durch Strukturreformen und solide Haushalte überhaupt wieder Beschäftigung entstehen kann. Das ist doch kein Mysterium. Wachstum entsteht aus unternehmerischer Tätigkeit, unternehmerische Tätigkeit entsteht aus der notwendigen Flexibilität, und das müssen wir in Europa wieder schaffen, meine Damen und Herren. Da liegt der Schlüssel“ (Merkel 2012).

können schon allein deswegen auf lange Sicht keine negativen Auswirkungen auf die Nachbarländer haben.

Es gilt jedoch davor zu warnen, die Erklärungskraft ordoliberaler gegenüber machtpragmatischer und innenpolitischer Überzeugungen zu sehr zu betonen und der Bundesregierung eine allzu konsistente und von Beginn an vom Ende her denkende Krisenbewältigungsstrategie zu unterstellen.¹⁷ Gleichwohl ist die Bundesregierung überzeugt, dass Europa nur mit ordoliberal informierten Reformen weiterhin die Gunst »der Märkte« erhalten und fehlgeleitete Wirtschaftspolitik verhindern kann, um so sein geo-ökonomisches Gewicht zu wahren und seinen Bürgern das in der globalen Konkurrenz (größt-)mögliche Maß an Wohlstand zu sichern (Bonatti und Fracasso 2013).¹⁸

5.4 Ein Europa der Regierungen

Die Rekonstruktion der deutschen Eurokrisenpolitik bleibt unvollständig, wenn man lediglich nach Europas Rolle in der Welt und nicht gleichermaßen nach der Rolle Deutschlands (und der anderen Nationalstaaten) in Europa fragt. Die ordoliberal geprägte wirtschafts- und fiskalpolitische Supranationalisierung ist nämlich

17 Die wichtigsten »blinden Flecken« der Ordoliberalismus-These sind dabei erstens das stillschweigende Tolerieren der expansiven Geldpolitik der EZB (Maull 2015b: 334) und zweitens die Tatsache, dass die Bundesregierung selbst als Reaktion auf die Krise eines der größten keynesianisch inspirierten Konjunkturprogramme auflegte und damit zu Hause das Gegenteil dessen praktizierte, was sie von ihren Partnern verlangte (Schelkle 2012). Wir glauben, dass sich der zweite blinde Fleck zumindest teilweise dadurch »entschärfen« lässt, dass die Konjunkturprogramme unter Beteiligung der weniger ordoliberalen SPD beschlossen wurden, während die Eurokrisenpolitik primär von der stärker ordoliberalen Koalition aus CDU/CSU/FDP geprägt war. Außerdem ist die Bundesregierung innenpolitisch stärker von Akteuren wie Gewerkschaften und der Wahlbevölkerung abhängig, während auf internationaler Ebene unpopuläre Austeritätspolitik leichter umgesetzt werden kann. Beide blinde Flecken lassen sich jedoch mit dem Ordoliberalismus nicht befriedigend erklären und zeigen, dass die Bundesregierung durchaus machtpragmatisch flexibel von dieser Überzeugung abweicht (Maull 2015b: 334).

18 „Wenn es gelingt, diesen Weg weiterhin erfolgreich zu beschreiten, dann wird unsere gemeinsame Währung, der Euro, eine der stabilsten Währungen auf der ganzen Welt. (...) Die Grundüberzeugung, dass Wachstum nur durch solide Haushalte auf der einen Seite und Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite möglich ist, gilt nicht nur in der Euro-Zone, in Europa, sondern auch in Asien und Nordamerika. Die Zeit wird das zeigen, wenn wir diesen Weg erfolgreich weitergehen“ (Rösler 2012).

nur die eine Seite der Medaille; auf der anderen steht – was paradox anmutet, sich aber als komplementär erweist – politische (Re-)Intergouvernementalisierung. Die zum Teil erheblichen Integrationsfortschritte beschränken sich auf den Bereich wirtschaftlicher Integration bzw. auf die Implementierung, Überwachung und Sanktionsbewährung der Stabilitäts- und Wettbewerbsunion. Im Bereich politischer Integration lässt sich dagegen eindrucksvoll beobachten, wie 27 (heute 28) nationale Egoisten am Tisch des europäischen Rates die europäische (Krisen-)Politik lenk(t)en (Gammelin und Löw 2014) und gerade Deutschland eine „deutliche Präferenz für die Unionsmethode“ (Schieder 2014: 68) zeigt(e) (Maull 2015b: 334). Von einem europäischen Superstaat im nicht-ökonomischen Sinne kann allen Hoffnungen oder Befürchtungen zum Trotz daher keine Rede sein. Ungeachtet der umfangreichen Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen an europäisierte Überwachungs-, Sanktions- und Implementierungsbehörden, bleiben die europäischen Institutionen Kontrollinstanzen, deren vordringliche Aufgabe die glaubhafte Sicherstellung von fiskalischer Stabilität und Wettbewerbsorientierung ist; nicht weniger, aber eben auch nicht mehr.

An eine eigenständige europäische Politik *gegen* die Nationalstaaten ist außerhalb der Notwendigkeiten der Stabilitäts- und Wettbewerbsunion dagegen auch weiterhin nicht zu denken. Im Gegenteil scheint der Trend sogar in Richtung einer Renationalisierung bereits europäisierter Kompetenzen zu gehen. So wies die Kanzlerin in einem Interview darauf hin, dass man „nicht alles in Brüssel machen“ müsse und sich die EU-Institutionen auf die „Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit“ konzentrieren sollen (zit. n. Vytiska 2013). Während diese sich lange der Austeritäts- und Reformpolitik des „Berlin Consensus“ (Dullien und Guerot 2011: 2) gefügt haben, legt insbesondere die EU-Kommission unter ihrem neuen Präsidenten Jean-Claude Juncker politische Eigenmächtigkeiten an den Tag, die der Bundesregierung ein Dorn im Auge sind (Brössler et al. 2015). Von einer eigenen wirtschaftspolitischen Agenda der Kommission, die sich in der Forderung nach einer Flexibilisierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes niederschlägt, will man in Berlin nichts wissen und droht mit dem Vorschlag, die Aufsicht über Haushalt, Binnenmarkt und Wettbewerb auf eine politisch unabhängige Institution zu übertragen. Die Bundesregierung ist also weit davon entfernt, die Nationalstaaten und damit auch sich selbst in Europa aufgehen sehen zu wollen (vgl. Puetter 2015). Zentrale politische Kompetenzen und die Kontrolle über Europa als Ganzes bleiben in den Händen der nationalen Regierungen, die sich selbige lediglich wirtschafts- und haushaltspolitisch gebunden haben. Europa ist ein Hebel der wirtschaftlichen Transformation der europäischen Nationalstaaten, nicht jedoch Vehikel ihrer politischen Auflösung. Kurz: Den wirtschaftlichen Integrationsprüngen fehlt es an einer politischen Entsprechung (Techau 2013).

Diese vermeintlich gegenläufigen Dynamiken aus wirtschaftlicher Supranationalisierung und politischer (Re-)Intergouvernementalisierung scheinen uns nun weder temporär noch paradox zu sein, sondern sind im Überzeugungssystem der Bundesregierung vielmehr komplementär. Die eine sichert die »Globalisierungstauglichkeit« Europas, indem die gesamte Eurozone – gewissermaßen über die Köpfe der Nationalstaaten hinweg – in einen gegen diskretionäre politische Eingriffe geschützten Raum ökonomischen Wettbewerbs und fiskalischer Stabilität transformiert wird. Sie dient der glaubhaften Immunisierung der Ökonomie gegen die Politik und schafft damit in den Augen der Bundesregierung die wirtschaftliche Bedingung der Möglichkeit, in der globalisierten Welt von morgen vorne mitzuspielen. Die andere sichert die Kontrolle der Nationalstaaten über dieses Europa und ermöglicht es den Mächtigeren unter ihnen – und damit vor allem der Bundesregierung –, ihre (in-)formelle Verhandlungsmacht zu nutzen, um den eigenen globalen Gestaltungsinteressen über den effektiven, weil ökonomisch starken, europäischen Hebel globale Geltung zu verschaffen.¹⁹

6 Zwei Bedenken als Fazit

Die von uns rekonstruierte Antwort der Bundesregierung auf die Eurokrise erscheint uns in zweierlei Hinsicht als problematisch: Zum einen sind dies die aus der „halbhegemonialen Stellung“ (Habermas 2014: 88) und der neuen Hartherzigkeit Deutschlands resultierenden Gefahren für die europäische (Gleichgewichts-)Politik. Angesichts der daraus erwachsenden Möglichkeiten im Bereich der Welt(-gleichgewichts-)politik erscheinen diese der Bundesregierung offenbar als zunehmend

19 „Wir werden in Deutschland und für Deutschland keinen Erfolg erzielen, wenn es uns nicht gelingt, auch Europa auf diesem Kurs zu halten. Kein europäisches Land ist in dieser so eng vernetzten Welt in der Lage, seine Interessen alleine durchzusetzen und seine Verantwortung alleine wahrzunehmen. Wir können das nur gemeinsam schaffen. Dafür brauchen wir kein deutsches Europa, sondern ein starkes Europa. Deswegen kämpfen wir dafür, auch in Europa Nachhaltigkeit, Verlässlichkeit und neues Vertrauen zu schaffen: durch Strukturreformen, durch Verbesserungen der institutionellen Rahmenbedingungen dort, wo notwendig – in einigen Ländern ist das dringend notwendig – und auch durch die Rückführung der zu hohen Verschuldung der öffentlichen wie der privaten Haushalte und der Unternehmen. Das ist der Weg, den wir Schritt für Schritt gehen. Damit leisten wir die beste Vorsorge dafür, dass wir die Demokratie in Europa und in diesem Lande, die wir errungen haben – genau vor 100 Jahren begann das Elend mit einem Attentat in Sarajevo –, nicht wieder den Rattenfängern und den Demagogen überlassen, sondern dass es stabil bleibt“ (Schäuble 2014).

vernachlässigbar (vgl. Roos 2010: 124).²⁰ Zum anderen scheint es der Bundesregierung so wichtig zu sein, sich in die multipolare und kapitalistische Weltordnung einzupassen, dass dabei ein Ausbau der europäischen Demokratie zum Hindernis wird. Die Responsivität gegenüber Wirtschaftsinteressen mag zwar eine Steigerung ökonomischer Machtfaktoren wie Bruttoinlandsprodukt und Unternehmenswohl mit sich bringen, führt jedoch allzu leicht zu einer Erosion der sozialen Grundlagen inklusiver Demokratie. Selbst wenn die institutionelle Einhegung demokratisch-ökonomischer Unvernunft ein fiskalpolitisch stabiles und wirtschaftlich gewichtiges Europa hervorbringt, wird damit dauerhaft die demokratische Gestaltung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher wie auf europäischer Ebene verhindert. Das deutsche Drängen auf intergouvernementale Entscheidungsprozesse mag zwar die Gestaltungsmacht der Bundesregierung in einer multipolaren Welt stärken, unterläuft jedoch eine supranationale Demokratisierung des europäischen Institutionengefüges (Habermas 2014).

Eine ökonomisch entdemokratisierte Stabilitäts- und Wettbewerbsunion und ein parlamentarisch entkerntes Europa der Regierungen mögen Antworten auf die globalen Veränderungen und Herausforderungen unserer Zeit sein. Sie sind jedoch keine Antworten, die jenen europäischen Werten solidarischer Demokratie entsprechen, die zu verteidigen sie vorgeben und die es wert sind, in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts verteidigt zu werden (Beck 2012: 24). Es wird die zentrale Herausforderung für die deutsche Europapolitik der kommenden Jahre sein, das Verhältnis zwischen den Anforderungen einer multipolar-kapitalistischen Weltordnung und den demokratischen und solidarischen Erwartungen der europäischen Bevölkerung(en) neu auszutarieren.

20 In der gegenwärtigen Flüchtlingskrise zeigt sich allerdings, dass Deutschland zwar vergleichsweise einseitig die europäische Eurokrisenreaktion vorgeben konnte, dass deswegen jedoch noch lange nicht von einem »deutschen Europa« gesprochen werden sollte. Im Gegenteil: Deutschland scheint weitgehend unfähig, andere EU-Staaten zur Hilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu verpflichten. Diese Machtlosigkeit Berlins entbehrt freilich nicht einer gewissen Ironie, ist es doch dieses Mal Deutschland, das auf Solidarität angewiesen ist und dem Solidarität unter Berufung auf nationale Interessen verweigert wird (Kundnani 2016: 73f.). Vor diesem Hintergrund ist es keineswegs ausgemacht, dass die deutsche Europapolitik der letzten Jahre ein deutsches, und nicht vielmehr ein „chaotisches Europa“ (ebd.: 73) geschaffen hat. Auch für die Stabilitäts- und Wettbewerbsunion selbst birgt die tendenzielle Restrukturierung der europäischen Binnendiplomatie mit Berlin als neuem Zentrum Konfliktpotential in Form von gegen Deutschland (und die anderen Gläubignationen) gerichteter geoökonomischer Gegenmachtbildung von Seiten der Peripherie- oder Schuldnerländer (z. B. in der EZB) (ebd.: 72).

Literatur

- Abelshauer, Werner (2010): Die Erblast des Euro – eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion. In: *APuZ* (43), S. 39–45.
- Antpöhler, Carlino (2012): Emergenz der europäischen Wirtschaftsregierung – Das Six Pack als Zeichen supranationaler Leistungsfähigkeit. In: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 72, S. 353 – 393.
- Banchoff, Thomas (1999): German Identity and European Integration. In: *European Journal of International Relations* 5 (3), S. 259–289.
- Beck, Ulrich (2012): Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise. Berlin: Suhrkamp.
- Bierbricher, Thomas und Vogelmann, Frieder (2014): Die Zukunft Europas zwischen Demokratie und Kapitalismus. In: *Politische Vierteljahresschrift* 55 (1), S. 1–17.
- Bonatti, Luigi und Fracasso, Andrea (2013): The German Model and the European Crisis. In: *Journal of Common Market Studies* 51 (6), S. 1023–1039. doi: 10.1111/jcms.12067.
- Bredow, Wilfried von (2006): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bredow, Wilfried von; Jäger, Thomas (1991): Die Außenpolitik Deutschlands. Alte Herausforderungen und neue Probleme. In: *APuZ* (1-2/1991), S. 27–38.
- Brössler, Daniel; Gammelmin; Cerstin; Hulverscheidt, Claus (2015): Brüsseler Irritationen. In: *Süddeutsche Zeitung*. 05.03.2015. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/juncker-und-merkel-bruessler-irritationen-1.2377122>.
- Bulmer, Simon J.; Paterson, William E. (1996): Germany in the European Union: gentle giant or emergent leader? In: *International affairs* 72 (1), S. 9–32.
- Bulmer, Simon J.; Paterson, William E. (2010): Germany and the European Union. From “Tamed Power” to Normalized Power? In: *International affairs* 86 (5), S.1051-1073. doi: 10.1111/j.1468-2346.2010.00928.x.
- Bulmer, Simon J.; Jeffery, Charlie; Paterson, William E. (2000): Germany’s European diplomacy. Shaping the regional milieu. Manchester: Manchester University Press.
- Corbin, Juliet M.; Strauss, Anselm L. (2015): Basics of qualitative research. Techniques and procedures for developing grounded theory. 4. Auflage. Los Angeles, CA: Sage.
- Crome, Erhard (2012): Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonialdebatte. In: *Welttrends* (86), S. 59–68.
- Désir** Par Harlem, Gozi, Sandro (2015): L’euro n’est pas une question monétaire mais politique. In: *Le Monde*. Online verfügbar unter http://www.lemonde.fr/idees/article/2015/07/31/l-euro-n-est-pas-une-question-monetaire-mais-politique_4706442_3232.html#tjXeU-THRhgptJECF.99.
- Dewey, John (1984). The Public and Its Problems. In: ders. (Hrsg.): *The Later Works*. Band 2 (1925-1927) Carbondale: Southern Illinois University Press, S. 235-372.
- Dullien, Sebastian; Guérot, Ulrike (2012): The long shadow of ordoliberalism: Germany’s approach to the euro crisis. In: *ECFR Policy Brief* (49).
- Ehlers, Fiona; Heyer, Julia Amalia; Knaup, Horand; Müller, Peter; Neukirch, Ralf; Pfister, René; Schult, Christoph; Steppat, Timo (2015): Das Diktat. In: *Der Spiegel* (30/2015), S. 24-28.
- Enderlein, Henrick (2010): Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick. In: *APuZ* (43/2010), S. 7–12.

- Franke, Ulrich; Roos, Ulrich (Hrsg.) (2013): Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen, Baden-Baden: Nomos.
- Gammelin, Cerstin; Löw, Raimund (2014): Europas Strippenzieher. Wer in Brüssel wirklich regiert. Berlin: Econ.
- Geppert, Dominik (2013): Halbe Hegemonie: Das deutsche Dilemma. In: *APuZ* (6-7/2013), S. 11–16.
- Goetz, Klaus H. (1996): Integration policy in a Europeanized state: Germany and the Intergovernmental Conference. In: *Journal of European Public Policy* 3 (1), S. 23–44.
- Gritsch, Maria (2005): The nation-state and economic globalization: soft geo-politics and increased state autonomy? In: *Review of International Political Economy* 12 (1), S. 1–25.
- Guérot, Ulrike; Leonard, Mark (2011): Die Neue Deutsche Frage: Welches Deutschland braucht Europa? In: *European Council on Foreign Relations* (4/2011), S. 1–14.
- Habermas, Jürgen (2014): »Für ein starkes Europa« – aber was heißt das? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (3), S. 85–94.
- Haftendorn, Helga (1994): Guliver in der Mitte Europas. Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten. In: Karl Kaiser und Hanns W. Maull (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. München: Oldenbourg (Bd. 1: Grundlagen), S. 129–152.
- Haftendorn, Helga (2001): Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945-2000. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Harmes, Adam (2006): Neoliberalism and Multilevel Governance. In: *Review of International Political Economy* 13 (5), S. 725-749.
- Harnisch, Sebastian; Maull, Hanns W. (2001): Conclusion: "Learned its lesson well?" Germany as a civilian power ten years after unification. In: Sebastian Harnisch und Hanns Maull (Hg.): Germany as a civilian power? The foreign policy of the Berlin Republic. Manchester, New York: Manchester University Press, S. 128–156.
- Harnisch, Sebastian und Schieder, Siegfried (2006): Germany's New European Policy: Weaker, Leaner, Meaner, in: Hanns W. Maull (Hrsg.): Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic, New York: Palgrave, S. 95-108.
- Hellmann, Gunther (2004): Von Gipfelstürmer und Gratwanderern: „Deutsche Wege“ in der Außenpolitik. In: *APuZ* (11/2004), S. 32–39.
- Hellmann, Gunter (2009): Beliefs as Rules for Action: Pragmatism as a Theory of Thought and Action. In: *International Studies Review* 11, S. 638–662.
- Hellmann, Gunther (2012): Europa spricht deutsch – Die wachsende Macht der Berliner Republik und ihre Tücken. In: Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München: Hanns-Seidel-Stiftung, S. 41–56.
- Hellmann, Gunther (2015): Im offensiven Mittelfeld – Deutschlands neue Spielmacher-Rolle in der europäischen Politik. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 8 (S1), S. 473–491. doi: 10.1007/s12399-014-0470-4.
- Hellmann, Gunther; Wolf, Reinhard; Schmidt, Siegmund (2007): Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive. In: Gunther Hellmann, Siegmund Schmidt und Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–46.
- Ischinger, Wolfgang; Bunde, Tobias; Noetzel, Timo (2011): 20 Jahre nach der Vereinigung. Deutsche Außenpolitik in und für Europa. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 4 (1), S. 89–107. doi: 10.1007/s12399-010-0160-9.

- Janning, Josef (2007): Europäische Union und deutsche Europapolitik. In: Gunther Hellmann, Siegmund Schmidt und Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 747–762.
- Jeffery, Charlie; Paterson, William E. (2003): Germany and European Integration: A shifting of tectonic plates. In: *West European Politics* 26 (4), S. 59–75. doi: 10.1080/01402380312331280688.
- Jopp, Mathias (2001): Deutsche Europapolitik unter veränderten Rahmenbedingungen: Bilanz-Strategien-Optionen. In: Heinrich Schneider, Mathias Jopp und Uwe Schmalz (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen-Problemfelder-Optionen. Bonn: Europa Union Verlag, S. 813–861.
- Katzenstein, Peter J. (1997): United Germany in an Integrating Europe. In: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): Tamed power. Germany in Europe. Ithaca, N.Y: Cornell University Press, S. 1–48.
- Katzenstein, Peter; Sil, Rudra (2008): Eclectic Theorizing in the Study of Practice of International Relations. In: Christian Reus-Smit und Duncan Snidal (Hg.): The Oxford handbook of international relations. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 109–130.
- Katsioulis, Christos (2014): Der schmale Grat zwischen Führung und Führer. Die deutsche Führungsrolle in der Eurokrise aus griechischer Sicht. In: Sebastian Harnisch und Joachim Schild (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik und internationale Führung. Ressourcen, Praktiken und Politik in einer veränderten europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 251–275.
- Kauffmann, Pascal; Uterwedde, Henrik (2010): Verlorene Konvergenz? Deutschland, Frankreich und die Euro-Krise. In: *APuZ* (43), S. 13–19.
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrollierung in der qualitativen Sozialforschung. 2., überarbeitete Auflage Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knelangen, Wilhelm (2005): Eine neue deutsche Europapolitik für eine andere EU? In: *APuZ* (38-39/2005), S. 24–30.
- Krugman, Paul (2013): Austerität: Der Einsturz eines Glaubensgebäudes. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (7), S. 45–58.
- Kundnani, Hans (2016): Die Geschichte kehrt zurück: Deutschlands fatale Rolle in Europa. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (2), S. 64–74.
- Lambert, Renaud (2015): «Le système a absorbé le virus». In: *Le Monde diplomatique*. August 2015. Online verfügbar unter <http://www.monde-diplomatique.fr/2015/08/LAMBERT/53535>.
- Laurer, Moritz und Seidl, Timo 2014: Das doppelte Ziel der deutschen Eurokrisenpolitik, in: *WeltTrends* 99 120–126.
- Link, Werner (2004): Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands. In: *APuZ* (11/2004).
- Mauß, Hanns W. (2004b): „Normalisierung“ oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel. In: *APuZ* (11/2004), S. 17–23.
- Mauß, Hanns W. (2006): Conclusion: Uncertain Power – German Foreign Policy into the Twenty-First Century. In: Hanns W. Mauß (Hrsg.): Germany's uncertain power. Foreign policy of the Berlin Republic. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan, S. 273–286.
- Mauß, Hanns W. (2011): Deutsche Außenpolitik Orientierungslos. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21 (1), S. 93–117.

- Mauß, Hanns W. (2012): Abkehr von vertrauten Pfaden – Wird die deutsche Außenpolitik „normal“? In: Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München: Hanns-Seidel-Stiftung, S. 133–148.
- Mauß, Hanns W. (2015a): Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 8 (1), S. 213–237. doi: 10.1007/s12399-014-0455-3.
- Mauß, Hanns W. (2015b): Deutsche Außenpolitik nach der „Review 2014“: Zivilmacht 2.0? In: *Zeitschrift für Politik* (62) 3, S. 323–341. doi: 10.5771/0044-3360-2015-3-323.
- Mauß, Hanns W.; Kleine-Brockhoff, Thomas (2011): Der überforderte Hegemon. Ziele und Grenzen deutscher Macht. In: *Internationale Politik* (November/Dezember), S. 50–61.
- Mearsheimer, John (1990): Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War. In: *International Security* 15 (1), S. 5–56.
- Merkel, Angela (2012): Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 17/198 vom 18.10.2012. Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17198.pdf>.
- Merkel, Angela (2011): Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 17/99 vom 24.03.2011. Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17099.pdf>.
- Merkel, Angela (2010): Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 17/42 vom 19.05.2010. Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17042.pdf>.
- Mey, Günter; Mruck, Katja (2007): Grounded Theory Methodologie – Bemerkungen zu einem prominenten Forschungsstil. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–40.
- Mildner, Stormy (2007): Impulsgeber oder neutraler Vermittler – Die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU-Handelspolitik, Diskussionspapier Stiftung Wissenschaft und Politik. Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Analyse_KS_neuformatiert_Mildner.pdf.
- Morisse-Schilbach, Melanie (2011): ‘Ach Deutschland!’: Greece, the Euro crisis, and the costs and benefits of being a benign hegemon. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* (1), S. 26–41.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2012): Deutschland und die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. In: Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München: Hanns-Seidel-Stiftung, S. 119–132.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Schukraft, Corina (2002): 50 Jahre deutsche Europapolitik – ein Resümee. In: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.): *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*. Opladen: Leske+Budrich, S. 221–228.
- Offe, Claus (1969): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Gisela Kress und Dieter Senghaas (Hg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, S. 155–189.
- Oppermann, Kai (2012): National Role Conceptions, Domestic Constraints and the New ‘Normalcy’ in German Foreign Policy: the Eurozone Crisis, Libya and Beyond. In: *German Politics* 21 (4), S. 502–519.
- Paterson, William (2011): The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre Stage in the European Union. In: *JCMS Journal of Common Market Studies* 49, S. 57–75.
- Paterson, William E.; Bulmer, Simon J. (1996): Germany in the European Union: Gentle Giant or Emergent Leader? In: *International Affairs* 72 (1), S. 9–32.

- Peirce, C. S. (1992): 'How to Make Our Ideas Clear', In: Houser, Nathan und Kloesel, Christian (Hrsg.) *The Essential Peirce: Selected Philosophical Writings*, Vol. 1 (1867– 1893), Bloomington, IN: Indiana University Press, 124–141.
- Peirce, Charles Sanders (1998): What Pragmatism Is, In: *The Peirce Edition Project* (Hrsg.): *The Essential Peirce. Selected Philosophical Writings Vol. 2* (1893-1913), Bloomington, IN: Indiana University Press, 331-345.
- Peters, Dirk (2001): The debate about a new German foreign policy after unification. In: Volker Rittberger (Hrsg.): *German foreign policy since unification. An analysis of foreign policy continuity and change*. Manchester: Manchester University Press, S. 11–33.
- Prodi, Romano (2015): Crise grecque : »Nous avons évité le pire, mais nous avons créé le mal«. In : *Le Monde*. 20.07.2015. Online verfügbar unter http://abonnes.lemonde.fr/europe/article/2015/07/20/crise-de-la-zone-euro-nous-avons-evite-le-pire-mais-nous-avons-cree-le-mal_4690885_3214.html.
- Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak (Hrsg.): *Kritik des Neoliberalismus*. 2., verbesserte. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–86.
- Puetter, Uwe (2015): Deliberativer Intergouvernementalismus und institutioneller Wandel die Europäische Union nach der Eurokrise. In: *Politische Vierteljahresschrift* (56) 3, S. 406-429.
- Risse, Thomas (2004): Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik? In: *APuZ* (11/2004), S. 24–31.
- Rittberger, Volker (2003): Selbstentfesselung in kleinen Schritten? Deutschlands Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: *Politische Vierteljahresschrift* 44 (1), S. 10–18.
- Roloff, Ralf (2001): Deutsche Europapolitik im Zeichen der Globalisierung. In: Heinrich Schneider, Mathias Jopp und Uwe Schmalz (Hrsg.): *Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen-Problemfelder-Optionen*. Bonn: Europa Union Verlag, S. 171–194.
- Roos, Ulrich (2010): *Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Roos, Ulrich (2012): *Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltmachtstreben*. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (2), S. 7–40.
- Roos, Ulrich 2013: *Grounded Theory als Instrument der Weltpolitikforschung. Die Rekonstruktion außenpolitischer Kultur als Beispiel*, in: Franke, Ulrich/Roos, Ulrich (Hrsg.): *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen*, Baden-Baden: Nomos, 309–348.
- Rösler, Philipp (2011): *Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 17/188 vom 29.06.2012*. Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17188.pdf>.
- Scharpf, Fritz W. (2012): *Rettet Europa vor dem Euro*. In: *Berliner Republik* (2). Online verfügbar unter <http://www.b-republik.de/aktuelle-ausgabe/rettet-europa-vor-dem-euro>.
- Schäuble, Wolfgang (2014): *Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung soll neue Normalität werden*. Online verfügbar unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2014/2014-04-08-bundestag-einbringung-bundeshaushalt-textfassung.html>.
- Schelkle, Waltraud (2012): *Germany has prescribed austerity and restraint for Europe, while at the same time undertaking extensive fiscal stimulus packages at home*. Online verfügbar unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2012/11/26/germany-policy-making-hard-times/>.
- Schieder, Siegfried (2014): *Führung und Solidarität in der deutschen Europapolitik*. In: Sebastian Harnisch und Joachim Schild (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik und internationale*

- Führung. Ressourcen, Praktiken und Politik in einer veränderten europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 56-91.
- Schmalz, Uwe (2001): Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Die Frage von Kontinuität und Wandel. In: Heinrich Schneider, Mathias Jopp und Uwe Schmalz (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen-Problemfelder-Optionen. Bonn: Europa Union Verlag (Bd. 1), S. 15–68.
- Schneider, Heinrich (2001): „Eine neue deutsche Europapolitik?“ Rückschau-Auswertung-Zukunftsperspektiven. In: Heinrich Schneider, Mathias Jopp und Uwe Schmalz (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen-Problemfelder-Optionen. Bonn: Europa Union Verlag, S. 751–811.
- Schönberger, Christoph (2012): Hegemon wider Wille. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union. In: *Merkur Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* (1), S. 1–8.
- Schwarz, Hans-Peter (2005): Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik. Berlin: Propyläen.
- Soll, Jacob (2015): Germany's Destructive Anger. In: *New York Times*, 15.07.2015. Online verfügbar unter http://www.nytimes.com/2015/07/15/opinion/germanys-destructive-anger.html?_r=0.
- Soros, George (2010): The Crisis & the Euro. In: *The New York Review of Books*, 19.08.2010. Online verfügbar unter <http://www.nybooks.com/articles/archives/2010/aug/19/crisis-euro/>.
- Speck, Ulrich (2012): Macht gestalten. Optionen deutscher Außenpolitik. In: *Internationale Politik* (Januar/Februar), S. 88–96.
- Staaek, Michael (2007): Deutschland als Wirtschaftsmacht. In: Gunther Hellmann, Siegmund Schmidt und Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 85–97.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Bonn: bpb.
- Stürmer, Michael (1994): Deutsche Interessen. In: Karl Kaiser und Hanns W. Maull (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. München: Oldenbourg (Bd. 1: Grundlagen), S. 39–61.
- Techau, Jan (2013): Chancellor Merkel's Double Vision. In: *New York Times*, 19.09.2013. Online verfügbar unter http://www.nytimes.com/2013/09/20/opinion/global/chancellor-merkels-double-vision.html?_r=0.
- Thiemeyer, Guido (2013): Economic Models in France and Germany and the Debates on the Maastricht Treaty. In: *Journal of European Integration History* 19 (1), S. 85–103.
- Vytiska, Herbert (2013): „Nicht alles muss Brüssel machen“. In: *EurActiv.de*, 27.08.2013. Online verfügbar unter <http://www.euractiv.de/oesterreich/artikel/nicht-alles-muss-brssel-machen-007937>.
- Weidenfeld, Werner (2012): Die neue deutsche Europapolitik. In: Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. München: Hanns-Seidel-Stiftung, S. 101–108.
- Young, Brigitte; Semmler, Willi (2011): The European Sovereign Debt Crisis: *Is Germany to Blame?* In: *German Politics & Society* 29 (1), S. 1–24.



<http://www.springer.com/978-3-658-15369-4>

Deutsche Außenpolitik

Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln

Roos, U. (Hrsg.)

2017, VI, 279 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15369-4